

GENERALREDEN

ÖVP

Gemeinderat Kurt HOHENSINNER

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat! Das Budget ist das Herzstück der gemeinderätlichen Arbeit, deshalb ist es für mich heute eine große Ehre für die Grazer Volkspartei die Generalrede zum Finanzhaushalt 2009 halten zu dürfen. Vorweg möchte ich einige Worte zu unserer Verantwortung als Gemeinderäte verwenden, zumindest so wie ich sie sehe. Jeder Einzelne von uns, so wie wir hier sitzen, ist dafür verantwortlich, dass das Herz, das Budget, jetzt und auch in der Zukunft für die Bedürfnisse und Verwirklichungen der in Graz lebenden Bürger schlägt (*Applaus ÖVP*). Im Voranschlag 2009 ist klar und deutlich die Handschrift der Regierungskoalition Schwarz/Grün zu erkennen. Das in Zahlen gegossene Budget ist eine eindeutige Einladung an alle hier im Gemeinderat vertretenen Fraktion, gemeinsam mit uns Verantwortung für diese Stadt zu übernehmen. Überhaupt dann, wenn man selbst auf der Regierungsbank sitzt. Hier würde ich mir wünschen, wenn die Oppositionsparteien für den heutigen Tag ihr Oppositionskapperl ablegen und frei als Gemeinderäte über die Zukunft unserer Stadt mitbestimmen. Dass unsere Stadt eine sehr hohe Lebensqualität hat, zeigt einmal mehr eindrucksvoll die steigende Einwohnerzahl, nämlich seit 2001 um 30.000 Bewohnerinnen und Bewohner. Das man das besser veranschaulicht, ein Vergleich, die Stadt Leoben hat genau 25.804 Einwohnerinnen und Einwohner, das heißt wiederum, dass wir innerhalb von nur sieben Jahren die Einwohnerzahl der zweitgrößten Stadt der Steiermark inhaliert haben. Durch den Anstieg fließen auch 16 Millionen Euro über den Bundesfinanzausgleich in unsere Kassen. Die Arbeitslosigkeit ist trotz des Zuzugs nicht gestiegen, was für eine sehr erfolgreiche Stadtpolitik spricht. Auf Grund der ständig wachsenden Stadt und angesichts der momentanen wirtschaftlichen Situation sind wir gefordert, neue Wege zu gehen. Nach dem Totalversagen der sozialdemokratischen Schuldenpolitik der späten 70er und frühen 80er erleben wir heute einen kapitalen Bauchfleck des liberalen Marktes (*Applaus ÖVP*). Im Koalitionsabkommen zeigt Schwarz/Grün einen eigenständigen Weg auf.

Zwischenruf GR. Grosz: Das glaubst wohl selber nicht.

GR. **Hohensinner:** Wir setzen auf ein wohl bekanntes und aktueller erscheinendes Konzept denn je, wir setzen auf die ökosoziale Marktwirtschaft. Als Jugendsprecher der Grazer Volkspartei werde ich sehr oft auf die Verschuldung der Stadt angesprochen. Die Zahlen wirken auf den ersten Blick bedrohlich, der zweite Blick, wenn man genauer hinschaut, relativiert. Da wir als Stadt Graz nicht so wie andere Städte unsere Schulden in Tochterunternehmen und Eigenbetrieben verstecken, sondern diese auch ausweisen. Dem Eingeständnis vom Gesamtschuldenstand einer Milliarde stehen viele Werte und Investitionen gegenüber, die allen Grazerinnen und Grazern zugute kommen.

Zwischenruf GR. Grosz: Und wer zahlt die?

GR. **Hohensinner:** In den letzten Jahren war der Konsolidierungskurs weitgehend vom Verkauf an Immobilienpaketen an die GBG, an die hundertprozentige Tochter der Stadt, geprägt. Dr. Wolfgang Riedler, der Finanzstadtrat der letzten Periode, nahm damals die größte Verschiebung vor, nämlich im Jahr 2006 von 80 Millionen Euro. Dieser Kurs wurde durch die Maastrichtvorgaben erforderlich, fast alle Städte praktizieren ihn, wir werden ihn aber in den nächsten Jahren nicht fortsetzen können. Bevor ich den neuen Nagl/Rücker/Rüsch-Kurs kommentieren werde, will ich die größten Herausforderungen des Budgets ansprechen: die Personalkosten. Im Magistrat und in den ausgelagerten Gesellschaften beschäftigen wir rund 7.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ein weiterer hoher Kostenfaktor sind die Pensionsansprüche der ehemaligen MitarbeiterInnen und PolitikerInnen, ich schaue da bewusst ganz in die linke Ecke. Die gesetzlichen Pflichtausgaben sind massiv angestiegen. Die gesamten Infrastrukturkosten, Sie wissen das, wir stellen tagtäglich die Infrastruktur für über 400.000 Bürger bereit, bekommen durch den

Finanzausgleich aber nur 250.000, also Geld für 250.000 Einwohner (*Applaus ÖVP*). Wie schon vorhin angesprochen, wird der bisherige Sparkurs nicht weiter fortgesetzt werden können, wir haben die Fettreserven verbraucht und müssen nun eine grundlegende Entscheidung treffen. Anhand von Strategien will ich jetzt drei mögliche Budgetkonsolidierungsszenarien aufzeigen, um auf diesem Weg die Wichtigkeit der Budgetlinie von Schwarz/Grün zu unterstreichen.

Strategie 1: Wir machen nichts, die Stadt Graz setzt keine Budgetkonsolidierungsmaßnahmen und beschränkt sich aufs Verwalten. Der Gesamtschuldenstand würde bis zum Jahr 2015 auf zwei Milliarden Euro anwachsen. Wir können die gesetzlichen Pflichtleistungen nicht mehr sicherstellen und die Infrastruktur droht zusammenzubrechen. Darüber hinaus werden wir kein Geld haben, um Initiativen und Investitionen zu setzen.

Strategie 2: Wir sparen radikal, wir reduzieren die Gehälter der Magistratsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter, zum Beispiel der Oberbürgermeister Wowereit in Berlin hat das gemacht, wir setzen keine Wirtschaftsinitiativen in Zeiten einer Rezession unverantwortlich. Die Stadt setzt alle Subventionen aus, das würde im Jahr 60 bis 80 Millionen Euro bringen. Die Auswirkungen wären aber verheerend. Sämtliche Vereine, NGOs können ihren Aufgaben nicht mehr nachkommen, das soziale Gleichgewicht wäre in Gefahr. Dieser Kurs würde sehr viele Arbeitsplätze killen, die Stadt müsste zusätzlich Aufgaben übernehmen, wäre aber dafür nicht in der Lage. Und jetzt

Strategie 3: der Nagl/Rücker/Rüsch-Kurs. Einnahmen optimieren, Ausgaben minimieren und in die Bedürfnisse der Menschen investieren (*Applaus ÖVP und Grüne*). Wir sehen die Budgetkonsolidierung nicht zeitlich begrenzt, sondern klären diesen Weg zur permanenten Institution. Wir streben eine Zweitwohnsitzabgabe an, Vergünstigungen wie die Studierendekarte, die vergünstigte, für Hauptwohnsitzgemeldete sind in Vorbereitung (*Applaus ÖVP*). Die städtischen Gebühren werden indexiert angehoben, bei den Finanzausgleichsverhandlungen gegenüber dem Bund werden wir die Gleichbehandlung aller Landeshauptstädte vehement einfordern (*Applaus ÖVP*). Wir reduzieren die Gemeinderats- und Stadtsenatsmitglieder. Geplant sind darüber hinaus Personal- und Leistungsoptimierungen, die Eckwerte von 2008 als Richtwert für die nächsten Jahre. Wir tätigen über die AOG bis 2015 Investitionen in der Höhe von mehr als 450 Millionen Euro.

Das Sozialpaket in der Höhe von 9 Millionen Euro wird die Grundbedürfnisse nach unten absichern (*Applaus ÖVP und Grüne*). Bei den ersten beiden Strategien wäre das Sozialsystem unserer Stadt mehr als gefährdet. Mit unserem Budgetvoranschlag sichern wir es nachhaltig. Für die Darstellung dieser Schwerpunkte möchte ich anlehnen bei Abraham Maslow beziehungsweise bei der von ihm entwickelten Bedürfnispyramide nennen. Maslow geht davon aus, dass der Mensch nur dann zu einer Selbstverwirklichung kommt, wenn er zuvor alle anderen Bedürfnisse abgedeckt hat. Da wir den BürgerInnen dieser Stadt eine hohe Lebensqualität bieten möchten, müssen wir dafür Voraussetzungen und Anreize schaffen (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Stufe 1, die Grundbedürfnisse: Die Grundbedürfnisse wären in unserer Stadt vor allen im Sozial- und Jugendwohlfahrtsbereich sichergestellt. Soziales: Die sozialen Nettopflichtausgaben haben sich seit dem Jahr 2002 nahezu verdoppelt. Die Pflichtausgaben gehen in die Behindertenhilfe, in die Pflegeheime, offene Sozialhilfe und Pflegehilfe. Das Budget sieht für diesen wichtigen Bereich eine zusätzliche Schwerpunktsetzung von 4,5 Millionen Euro vor. Als Beispiel möchte ich die Behindertenhilfe bringen. Das Landesbehindertenhilfegesetz, welches im Vorjahr novelliert wurde und sich in diesem Budget mit einer gewaltigen Erhöhung niederschlägt, ist aus meiner Sicht eine mehr als sinnvolle Investition. Menschen mit Behinderung sind nicht mehr länger Bittsteller, sondern können festgeschriebene Leistungen in Anspruch nehmen. Mit dem Grundsatz „mobil vor stationär“ setzen wir den richtigen Schritt oder den richtigen Schritt in Richtung Inklusion und werden mittel- und langfristig über das Aufbrechen der Institutionalisierung Einsparungen erwirken. Ein kleines Beispiel: Vor 13 Jahren absolvierte ich ein Praktikum in einem Pflegeheim nahe Graz. Das war mein erstes Praktikum, damals hat es noch nicht viele Einrichtungen für Menschen mit Behinderung gegeben und dort lernte ich einen Mann kennen, der in einem Zimmer wohnte mit weiteren zehn Menschen. Die Grundbedürfnisse waren von ihm abgesichert, nur von einer Selbstbestimmung hat man nicht wirklich reden können. Ich habe vor zwei Jahren diesen Mann wieder getroffen, er wohnt nun in einer teilzeitbetreuten Wohngemeinschaft und geht tagtäglich, da freut er sich irrsinnig, tagtäglich geht er einer Arbeit auf einem geschützten Arbeitsplatz nach (*Applaus ÖVP und Grüne*). Anhand dieses Beispiels möchte ich aufzeigen, dass die Gesellschaft jahrzehntelang Menschen mit Behinderung behindert hat. Unser Grundverständnis ist, sozial Bedürftigen ein

Fangnetz zu spannen und gleichzeitig eine Strickleiter herunterzulassen, um ihnen einen Wiedereinstieg in die Gesellschaft anzubieten (*Applaus ÖVP und Grüne*). Wir dürfen die Armut nicht mehr länger nur verwalten, sondern müssen ständig, jeden Tag, Anreize bieten, dass diese Menschen in der Bedürfnispyramide hochsteigen können (*Applaus ÖVP*). Der Verwaltungsapparat muss auch hier modernisiert werden, mein Gemeinderatskollege Thomas Rajakovics hat vergangenes Jahr die Idee gehabt, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeit mit Laptops auszustatten, um ihnen ein vernetzteres und flexibleres Arbeiten zu ermöglichen. Diese Neuerung gehört schnellstmöglich umgesetzt. Besonders interessant sind die Sozialhilfezahlen von 2007. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger ist proportional zur gestiegenen Einwohnerzahl angewachsen. Hingegen die Anzahl der Einmalbezieher gesunken. Wie von uns schon so oft reklamiert, fordern wir für diesen Bereich eine Art Sozialhilfemonitoring. Unter der Berücksichtigung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen könnte die Stadt auf diesem Weg noch effizienter und gezielter helfen (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Und jetzt zu einer bedrohlichen Entwicklung: Das Land Steiermark überwälzt uns fast jährlich steigende soziale Pflichtleistungen. Erst kürzlich hat sich Sozialreferent Kurt Flecker durch eine Schlichtungsstelle zu einer Tagsatzerhöhung der Pflegeheime von zehn Prozent hinreißen lassen, ohne den Gemeinden bezüglich finanzieller Machbarkeit Gehör zu schenken. Wie die stationäre Altenbegleitung auf hohem Niveau umsetzbar ist, zeigt der Chef der Geriatrischen Gesundheitszentren Dr. Gert Hartinger auf. Er beschränkt sich nicht auf das bloße Verwalten, wie es jahrzehntelang betrieben wurde, sondern sucht immer wieder intelligente Wege, um eine professionelle Altenbetreuung auch mit einer Tagsatzerhöhung von 4,5 % zu gewährleisten (*Applaus ÖVP*). Und das Bemerkenswerte daran ist, dass keine Defizitabdeckung seitens der Eigentümerin erforderlich ist. An dieser Stelle appelliere ich an die Sozialstadträtin Elke Edlinger. Liebe Elke, wir kämpfen alle, wie wir hier sitzen, für bestmögliche soziale Rahmenbedingungen, doch habe ich bei der Entwicklung der gesetzlichen Pflichtausgaben große Bedenken. Wenn wir so weitermachen, werden wir in einigen Jahren die sozialen Leistungen nicht mehr sicherstellen können. Deshalb müssen wir gemeinsam beim Land Mitsprache einfordern, um weitere finanzielle Belastungen abzuwenden. Als Herausforderung, jetzt komme ich genau zu dem zu sprechen, zuhören, jetzt komme ich genau dorthin, was Sie angesprochen haben. Als Herausforderung steht die Novelle der Leistungs-

und Entgeltverordnung nach dem BHG an. Hier gilt es, ein teures Gießkannenprinzip abzuwenden, um den Schwächsten auch in der Zukunft die notwendige Unterstützung bieten zu können (*Applaus ÖVP und Grüne*). Auch die von Landeshauptmann Franz Voves groß angekündigte Änderung des Sozialhilfeschlüssels von 60 Land und 40 Stadt auf 70 : 30 ist anscheinend ein nicht umgesetztes Wahlkampfzuckerl auf Kosten der Städte und Gemeinden (*Applaus ÖVP und Grüne*). Wie rasche Hilfe zur Selbsthilfe ohne Bürokratie ausschauen kann, sieht man am handlichen Sozialkompass, welcher von 17 Studierenden des Colleges für Sozialpädagogik in Kooperation mit der Stadt hergestellt wurde (*Applaus ÖVP*). Dieser Sozialkompass unterstützt Menschen, die in Not geraten sind, mit einem wirklich breiten Angebot an Hilfsmöglichkeiten, und da hat es auch eine große Aufregung gegeben nach der Präsentation. Hier geht es darum, dass man persönliche Befindlichkeiten und Eitelkeiten hintanstellt und den 17 jungen Menschen, die sehr viel Herzblut in diesen Sozialkompass investiert haben, zu gratuliert (*Applaus ÖVP und Grüne*). Es war ja der Vorwurf da, dass die Studierenden nicht mit dem Sozialamt Kontakt aufgenommen haben, dazu möchte ich...

Zwischenruf StRin. Edlinger: Das stimmt nicht.

GR. **Hohensinner:** Sie haben nachher eh Zeit, Ihre Sichtweise zu erklären, jetzt möchte ich einmal kurz meine erklären (*Applaus ÖVP*). Es ist einfach so in den Raum gestellt worden von dir, liebe Elke, dass anscheinend, ich zitiere aus einem Brief, den du an Vizebürgermeisterin Lisa Rücker und Bürgermeister Siegfried Nagl geschickt hast: „Diese Nichtvernetzung mit den kompetenten magistratsinternen Strukturen und Ansprechpersonen hinterlässt ein absolut kindisches Verhalten.“ Jetzt haben wir bei den Studierenden angefragt, die Studierenden haben uns zurückgeschrieben: „Bezugnehmend auf unsere Anfrage im Sozialamt Graz vom August 2008 betreffend die Sozialeinrichtungen und die Beratungsstellen in Graz

wurde uns mehrmals wie folgt mitgeteilt: Eine Liste der Sozialeinrichtungen und der Beratungsstellen für den Raum Graz würde im Sozialamt“...

Zwischenrufe unverständlich.

GR. **Hohensinner:** Ja, das tut weh, aber jetzt hört zu, „...würde im Sozialamt nicht aufliegen. Vielmehr...“, jetzt kommt das Wichtige, bitte ganz kurz zuhören, jetzt kommt das Wichtige „...vielmehr sollten wir uns in unseren Angelegenheiten Sozialkompass der Stadt Graz an das zuständige Sozialministerium wenden.“ Ich meine, das ist ja wirklich der Gipfel (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Und jetzt zur Jugendwohlfahrt. In den letzten Jahren wurden wir immer wieder von Horrormeldungen vernachlässigter und missbrauchter Kinder wachgerüttelt und erschüttert. Wir können diese Kinder nicht sich selbst überlassen und sind vor allem gefordert früh genug hinzuschauen, um mit präventiven Maßnahmen Schlimmeres zu verhindern. Dazu bedarf es politischer Voraussetzungen in zweifacher Hinsicht. Einerseits die Schaffung gesellschaftlicher Verhältnisse, die die Lebensbedingungen und Zukunftsperspektiven von Kindern und Jugendlichen fördern. Andererseits die Bereitschaft, jene psychosozialen Institutionen, die Hilfestellung zur Lebensbewältigung von Kindern, Jugendlichen und deren Eltern anbieten, in ausreichendem Maß zu unterstützen (*Applaus ÖVP und Grüne*). Wie im Sozialhilfebereich sind in der Jugendwohlfahrt die Pflichtausgaben leider angestiegen. Die Betonung „leider“ gründe ich bewusst auf der Tatsache der gesellschaftlichen Entwicklung. Auch hier verstärken wir durch ein zusätzliches Budget von drei Millionen Euro für die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen (*Applaus ÖVP*).

Stufe 2: Du kennst anscheinend nicht die Bedürfnispyramide, Herr Kollege. Stufe 2 der Bedürfnispyramide: die Sicherheit Nachdem wir nun auf das Fundament der Grundbedürfnisse aufbauen können, ist es notwendig, Maßnahmen für die Vielzahl

an Sicherheitsbedürfnissen zu setzen. Das Bedürfnis nach einem sicheren Arbeitsplatz. Gerade in wirtschaftlich schlechten Zeiten ist die Stadt verpflichtet, Anreize zu setzen, um Arbeitsplätze zu sichern. Als Nährboden für eine Vielzahl an Jobs gilt es, vor allem die Synergien zwischen der Wissenschaft und der Wirtschaft zu nutzen. Wir sind eine Universitätsstadt und wir sind die Stadt mit dem größten FH-Zentrum im Westen von Graz, in Eggenberg, also da sind wir vorne mit dabei. Bürgermeister Siegfried Nagl setzt einerseits auch die Grundsäulen, wie das optimale Service in der Neuansiedlung von Firmen, die Unterstützung der kreativen Impulse und die Standortentwicklung (*Applaus ÖVP und Grüne*). Andererseits braucht die Stadt...

Zwischenruf GR. Grosz: Am sinkenden Schiff abseilen.

GR. **Hohensinner:** Wenn du so weiter schreist, Gerald, brauchst du ein Glaserl Wasser bald. Andererseits braucht eine Stadt Perspektiven und Visionen. Mit dem für die Annenstraße so wichtigen Vorhaben ECE, mit dem neuen Stadtteil auf den Reininghausgründen und dem Projekt City of Design legen wir uns die Latte sehr hoch, um auch in der Zukunft gegenüber anderen Städten wettbewerbsfähig zu bleiben. Wir werden durch Personal- und Leistungsoptimierungen die Magistratsstruktur straffen, um das System nachhaltig zu sichern. Neben Einsparungen durch eine erhöhte Personalmobilität innerhalb der Stadtverwaltung setzen wir über den Petitionsweg eine Reduzierung der Gemeinderats- und Stadtsenatsmitglieder um. Grundvoraussetzung ist natürlich, dass LH Franz Voves mit seiner sozialdemokratischen Fraktion auf Landesebene keinen Rückzieher macht. Das ist auch Grundvoraussetzung, sonst werden wir das nicht durchbringen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Gerade Menschen mit Behinderung fallen sehr oft beim Bedürfnis nach Arbeit und Beschäftigung durch den Rost. Diesem wichtigen Thema widmet sich Personalreferent Siegi Nagl speziell (*Applaus ÖVP*). Die Stadt beschäftigt doppelt so viele Menschen mit Behinderung als uns das Behinderteneinstellungsgesetz vorschreibt. Mit dem Projekt Step by Step haben wir

wirklich österreichweit aufgezeigt, dass Menschen mit einer Behinderung, die eine Leistungsfähigkeit unter 50 % erbringen, auch eine wertvolle Arbeit am ersten Arbeitsmarkt erbringen können (*Applaus ÖVP und Grüne*). Die vier Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die dieses Projekt durchlaufen haben, ich habe heute einen Teilnehmer in der früh oben getroffen, sind fix in den Personalstand der Stadt aufgenommen, das freut mich auch ganz besonders (*Applaus ÖVP*). Nun sind die Sozialreferenten von Land und Bund gefordert, dieses Pilotprojekt zur Pflichtsache zu machen und da sind wir hoffentlich auf einem guten Weg, da haben wir einige Petitionen auch schon in Richtung Wien verabschiedet.

Sicherstellung der Kinderbetreuung. Damit Eltern der Bedürfnis Arbeit nachkommen können, ist eine optimale Kinderbetreuung Grundvoraussetzung. Stadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg ist drauf und dran, mit zusätzlichen Kinderbetreuungsplätzen die Versorgungslücken unserer Stadt zu schließen (*Applaus ÖVP*) und hat seit diesem Jahr das Angebot an Tagesmüttern in das Förderungsmodell aufgenommen und somit für Familien erschwinglich gemacht.

Die Sicherstellung von Bildungsmaßnahmen. Da das Bedürfnis nach Schulbildung das Fundament der Lebensentwicklung jedes Einzelnen darstellt, widmet sich eine weitere Schwerpunktsetzung unseres Budgets diesem Bereich. Neben den vielen Schulsanierungen über die AOG investieren wir über den laufenden Haushalt in die Bereiche der Nachmittagsbetreuung und in den neuen Bereich der Schulsozialarbeit (*Applaus ÖVP*). Stadträtin Eva-Maria Fluch unterstützt mit der Schulsozialarbeit vor allem Kinder mit besonderen Bedürfnissen, um eine individuelle Förderung bereitzustellen.

Mehr Sicherheit durch die Ordnungswache und durch die freiwillige Feuerwehr. Vergangene Woche feierte die Ordnungswache Geburtstag. Diese viel diskutierte und anfänglich umstrittene Neuerung der Stadt Graz hat es geschafft, sich innerhalb nur eines Jahres zu etablieren.

Zwischenruf GR. Eichberger: Eure Idee? Sensationell.

GR. **Hohensinner:** Umfragen bestätigen, das subjektive und objektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger ist durch diese Maßnahme gestiegen. Durch den Voranschlag 2009 sind zusätzliche Ausbildungen und die Aufstockung fixiert. Bürgermeister Siegfried Nagl setzt auf die Freiwillige Feuerwehr als sinnvolle Ergänzung zur Berufsfeuerwehr. Bei der Gründungsveranstaltung vor zirka drei Wochen in diesem Saal, viele von Ihnen waren dabei, konnten wir 50 bis 60 Grazerinnen und Grazer begrüßen, die mit dabei sein wollen. Besonders hervorheben möchte ich an dieser Stelle die Familie Korschelt, die sich drei Kopf hoch in dieser neuen Organisation engagieren wird (*Applaus ÖVP*). Parallel dazu hat Bürgermeister Siegfried Nagl den Personalstand bei der Berufsfeuerwehr aufgestockt.

Die Absicherung von Wohnraum. Die Stadt bietet mit 10.500 Gemeindewohnungen ein breites Angebot, sogar 11.500 höre ich jetzt von der Wohnungsstadträtin, ein breites Angebot an Wohnraum. Junge, Alleinstehende, Berufstätige haben aber oft kein Geld, am freien Wohnungsmarkt Geld für Kautions- und Maklergebühren aufzustellen. Genau diese Klientel hat bei uns in der Stadt auch nicht die Möglichkeit, eine Gemeindewohnung in Anspruch zu nehmen. Da die Stadt Graz allen Generationen, außer halt diesem Zielpublikum, Wohnraum bereitstellt, würden wir vorschlagen, dass wir gemeinsam für junge Menschen Startwohnungen entwickeln. Auch die Anzahl an barrierefreien Wohnungen gehört erhöht.

Ökologische Sicherheit. Ich empfehle Ihnen allen einmal, vielleicht haben Sie es schon getan, auf das Postgebäude zu gehen und einen Rundum-Blick zu machen. Sie wissen das, Graz ist eine irrsinnig grüne Stadt. Dass Graz so eine grüne Stadt bleibt, hat sich die GBG vor allem der Grünraumsicherung verschrieben. Erst gestern haben die Geschäftsführer Günter Hirner und Bernd Weiss den Ankauf von 50.000 Quadratmeter Wald und 35.000 Quadratmeter Wiese in Fölling mit ihrer Unterschrift besiegelt (*Applaus ÖVP*).

Auch Vizebürgermeisterin Lisa Rücker setzt im kommenden Jahr viele Maßnahmen. Hervorheben möchte ich den Ausbau des Radwegenetzes, neue Tarife im öffentlichen Verkehr und vor allem den Ausbau der Fernwärme (*Applaus ÖVP*).

Stufe 3 der Bedürfnispyramide: soziale Beziehungen. Bei der dritten Stufe nach Maslow kann die Stadt vor allem in den Bereichen Freizeit, Sport und bei der Querschnittsmaterie Integration die BewohnerInnen dieser Stadt unterstützen. Das soziale Miteinander prägt die Lebensqualität einer Stadt. Tendenzen hin zur Vereinsamung und zum Abkapseln von der Gemeinschaft soll und kann eine Stadt entgegenwirken. Wir haben aktuell die Bilder der sozialen Unzufriedenheit in Athen im Kopf, die ohne entsprechende Gegensteuerung eines Tages auch in Österreich um sich greifen könnte. Die Stadt stellt jungen Menschen ein breites Angebot an Freizeit und Sportmöglichkeiten bereit. Ein Meilenstein ist das heute endgültig auf Kurs gebrachte Sportbad Eggenberg (*Applaus ÖVP*). Ebenso wichtig sind Jugendzentren, Sportplätze und das große Kursangebot des Sportamtes. Je mehr Alternativen wir jungen Menschen in der Freizeit bereitstellen, desto geringer ist das Risiko, dass sie dann mit Drogen in Kontakt kommen, und daran müssen wir arbeiten. Einen wichtigen Beitrag zum sozialen Gleichgewicht leisten die vielen NGO und MBO, welche über die städtischen Subventionen unterstützt werden. Wir möchten auch das ehrenamtliche Engagement fördern.

Die unbezahlbare Wertschöpfung, die von Ehrenamtlichen tagtäglich erbracht wird, gehört rechtlich abgesichert. Während Freiwillige bei Blaulichtorganisationen über die AUVA versichert sind, arbeiten Ehrenamtliche in anderen Sozialbereichen auf eigenes Risiko. Hier sind wir gemeinsam, also das Land Tirol macht das zum Beispiel mit einer Pauschalversicherung, da zahlt das Land Tirol für jeden Freiwilligen fünf Euro und die Freiwilligen sind somit unfall- und haftpflichtversichert. Und in diese Richtung sollten wir uns gemeinsam mit dem Land Gedanken machen und was entwickeln (*Applaus ÖVP*).

Der von Bürgermeister Siegfried Nagl vorbereitete Integrationsbericht wurde von mir in der letzten Gemeinderatssitzung präsentiert und von allen Parteien, außer der FPÖ, mitgetragen. Diese Maßnahmen sind Grundnotwendigkeiten, um ein gegenseitiges Miteinander in unserer Stadt zu ermöglichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir kommen zur Stufe 4 und 5. Soziale Anerkennung und Selbstverwirklichung. Diese zwei Stufen bauen in der Bedürfnispyramide auf die ersten drei Stufen auf. Der Grundsatz von Schwarz/Grün, die Selbstverantwortung der in Graz lebenden Menschen zu fördern und den Schwerpunkt auf die Gemeinwesenarbeit zu legen, ist der Schlüssel für jeden

Einzelnen von uns, sich in unserer Stadt selbst zu verwirklichen (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Abschließend möchte ich das Budget zusammenfassen. Das Budget lässt nichts an sozialer Wärme vermissen. Es zeichnet sich aus durch intelligentes und nicht lineares Sparen. Wir setzen wichtige Investitionen, um den Standort Graz zu sichern, konsolidieren als permanente Institution aus Verantwortung gegenüber der nächsten Generation (*Applaus ÖVP und Grüne*). Ich danke an dieser Stelle allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanz- und Vermögensdirektion, stellvertretend dem Finanzdirektor Dr. Karl Kamper und dem Budgetreferenten Michael Kicker sowie dem Architekten des Budgets und seinem Architektenteam, Finanzstadtrat Gerhard Rüschi (*Applaus ÖVP und Grüne*). In diesem Sinne ersuche ich alle hier im Gemeinderat vertretenen Parteien, diesem wirklich ausgewogenen Budget die Zustimmung zu geben. Danke (*Applaus ÖVP*).

SPÖ

Gemeinderat Mag. Gerald H A ß L E R

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Finanzstadtrat, sehr geehrte Damen und Herren! Graz schafft die Trendwende bei den Schulden. Die Stadt Graz scheint ihre Schulden schrittweise in den Griff zu bekommen. Experten sehen den eingeschlagenen Budgetkurs als finanzpolitisches Vorzeigebispiel. Das Ziel - keine neuen Schulden ab 2010 - ist in greifbare Nähe gerückt. „Das hätte keiner für möglich gehalten“, sind sich die Mitglieder des Grazer Stadtschuldenrates, die Universitätsprofessoren Dietmar Pilz, Peter Schachner-Blazizek und der Leiter des Institutes für Höhere Studien, Bernhard Felderer, einig. Das Beschreiten von völlig neuen Wegen - etwa mit der Einführung des sogenannten Eckwertprinzips beziehungsweise des Sparbuchprinzips, durch das jeder Stadtrat seine Schulden, aber auch sein Ersparnis ins nächste Budgetjahr mitnimmt – ist ein Vorzeigesystem, das wir anderen Städten und Gemeinden nur ans Herz legen können, schwärmt Felderer.

Sehr geehrte Damen und Herren der schwarz-grünen Koalition, sehr geehrter Herr Finanzstadtrat, Sie werden sich jetzt wahrscheinlich die Frage stellen: Was soll denn das? Mit diesen Aussagen kann doch unmöglich unser Budgetkurs gemeint sein! Erstens beschreitet die schwarz/grüne Koalition keine neuen Wege, sondern sie friert einfach die Eckwerte ein, weil das der bequemste Weg ist und zweitens hat man nicht vor, ab 2010 auf neue Schulden zu verzichten. Im Gegenteil, die schwarz-grüne Koalition will ja bis 2015 ein paar hundert Millionen neue Schulden anhäufen, um Prestigeprojekte umsetzen zu können. Damit ja genügend finanzielle Mittel für diese Koalitionsprojekte vorhanden sind, hat man sich so nebenbei auch noch vorgenommen, die Grazerinnen und Grazer kräftig zu schröpfen und mit Abgaben- und Gebührenerhöhungen angefangen bei den Kanalgebühren und den Müllgebühren, die heute noch zum Beschluss anstehen, bis hin zu den Parkgebühren, zur Kasse zu bitten.

Ich kann euch beruhigen, liebe Kolleginnen und Kollegen von Schwarz und Grün. Euer Schulden- und Belastungskurs, den ihr heute zu Lasten der Grazerinnen und Grazer beschließen wollt, wird wahrscheinlich getragen von der Koalitionsmehrheit im Gemeinderat abgesegnet werden. Ich kann auch jene in der ÖVP beruhigen, die angesichts meiner Worte vielleicht vermuten könnten, im Grünen Klub hat es wieder einmal einen Aufstand gegen getroffene Vereinbarungen gegeben, was angesichts des unterdotierten Sozialbudgets und der immer noch viel zu geringen Mittel für den Frauenbereich ja durchaus denkbar gewesen wäre. Doch leider gab es im Grünen Klub erst nach massiven Protesten von Frauen- und Sozialinitiativen ein leichtes Umdenken, das aber nur die 15%-Sperrung der Ermessensausgaben gelockert hat von einem Aufstand gegen diesen unsozialen und perspektivenlosen Budgetkurs ist aber leider bei den Grünen weit und breit keine Spur erkennbar.

Sehr geehrte Damen und Herren! All jenen, die sich zumindest oberflächlich mit dem neu eingeschlagenen Budgetkurs der schwarz/grünen Gemeinderatsmehrheit auseinandergesetzt haben, wird sofort klar gewesen sein, dass ich mit meinen einleitenden Ausführungen in Bezug auf die positive Trendwende bei den Schulden der Stadt Graz nicht den Budgetkurs des derzeitigen Finanzstadtrates Gerhard Rüscher gemeint haben kann. Meine einleitenden Worte beziehen sich vielmehr auf die Schlagzeilen des ORF-Onlinedienstes vom 9. Mai 2007 und der dort gelobte Budgetkurs war der des damaligen Finanzstadtrates Wolfgang Riedler (*Applaus SPÖ*).

Bgm.-Stv. Rücker: Früher war halt alles schöner, oder?

GR. Mag. **Haßler**: Leider ist von diesem von unabhängigen Experten gelobten Budgetkurs nicht mehr viel übrig geblieben. Man kann beim vorliegenden Budgetentwurf zwar durchaus auch von einer Trendwende sprechen. Allerdings von einer Trendwende in die falsche Richtung, nämlich weg vom bisherigen Sanierungskurs, den Wolfgang Riedler erfolgreich eingeleitet hat, hin zu einem

neuen schwarz/grünen Belastungskurs, der uns bis zum Jahr 2015 unfassbare 450 Millionen Euro an zusätzlichen Schulden bescheren wird.

Zwischenruf GR. Herper: Unglaublich.

GR. Mag. **Haßler**: Dabei ist der Grazer Schuldenberg auch derzeit schon exorbitant hoch. 1.111 Millionen Euro werden die konsolidierten Finanzschulden voraussichtlich Ende 2009 umfassen. Umgelegt auf die zirka 255.000 Grazerinnen und Grazer bedeutet das für jeden Bürger dieser Stadt vom Baby bis hin zum Greis mit Ende des Jahres 2009 eine Schuldenbelastung von 4.357 Euro pro Einwohner beziehungsweise Einwohnerin. Im kommenden Jahr wird der Zuwachs bei den konsolidierten Finanzschulden voraussichtlich 68,5 Millionen Euro betragen. Das bedeutet für das Jahr 2009 einen Schuldenzuwachs von zirka 190.000 Euro pro Tag.

Wenn wundert es da, dass der sogenannte Stadtschuldenrat, der den Budgetkurs der Stadt Graz in den vergangenen Jahren aus externer Sicht evaluiert hat, unter der neuen schwarz/grünen Koalition sang- und klanglos verschwunden ist. War es die Furcht, den „Schuldenkurs“ evaluieren zu lassen oder haben sich schlicht und einfach keine Fachexperten gefunden, die diesem Budgetkurs von Schwarz/Grün Positives abgewinnen können? Ich vermute eher Zweiteres: Es wird sich kein unabhängiger Finanzexperte/keine unabhängige Finanzexpertin finden, der, beziehungsweise die, diesem Zahlenwerk etwas abgewinnen kann: Weder in der Art und Weise, wie es entstanden ist, noch was uns da heute präsentiert wurde.

Anlässlich der Budgetdebatte im Mai dieses Jahres klangen die Botschaften ja durchaus noch hoffnungsvoll. Sowohl der neue Finanzstadtrat als auch der Budgetsprecher der grünen Fraktion baten um Nachsicht, da angesichts des sehr kurzen Zeitraumes, der für die Budgeterstellung damals zur Verfügung stand, kaum neue Akzente möglich gewesen wären. In seiner damaligen Budgetrede erklärte uns Stadtrat Rüschi, dass Graz mit den linearen Einsparungsvorgaben an einer Grenze

angelangt sei. Nun wäre es an der Zeit, echte Strukturmaßnahmen zu setzen, bei einem klaren Bekenntnis der schwarz-grünen Koalition, die Budgetkonsolidierung fortzusetzen.

Strukturelle Reformen müssten über den Sommer angedacht, diskutiert und erarbeitet werden, versprach uns der Finanzstadtrat in seiner Budgetrede im Mai. Diese strukturellen Reformen müssten und würden das strategische Rückgrat der mittelfristigen Finanzplanung bilden, die wir bis Jahresende zur Beschlussfassung erhalten würden, hieß es weiters in seiner damaligen Budgetrede.

Angesichts des nun vorliegenden Budgetentwurfs für 2009 stelle ich nun an Sie, sehr geehrter Herr Finanzstadtrat die Frage: Wo sind denn diese angekündigten strukturellen Reformen? Wollen Sie uns allen Ernstes das Einfrieren der Eckwerte als Strukturmaßnahme verkaufen, wollen Sie uns weismachen, dass mit den parteipolitisch motivierten Umbesetzungen in den Aufsichtsräten der Stadtunternehmen und mit der Umbenennung der Grazer Stadtwerke AG in Graz AG strukturelle Reformen umgesetzt wurden (*Applaus SPÖ*)?

Sehr geehrter Herr Finanzstadtrat, nachdem Sie uns im Mai angekündigt haben, dass strukturelle Reformen das strategische Rückgrat Ihres neuen Finanzweges für Graz bilden werden, muss ich Ihnen heute angesichts des Fehlens jedweder Reformen und angesichts des rasant wachsenden Grazer Schuldenberges eine klare Botschaft mit auf den Weg geben: Das Rathaus darf kein Rasthaus sein! (*Applaus SPÖ*).

Diese Botschaft hat die ÖVP im vorletzten Wahlkampf vollmundig verkündet und es ist höchst an der Zeit, dass sich die schwarz/grüne Koalition diesen Spruch auch zu Herzen nimmt und ernsthaft zu arbeiten beginnt (*Applaus SPÖ*).

Das, was uns diese Koalition heute hier zum Beschluss vorlegt, ist ein Budget der Hilflosigkeit, der Unklarheit und der fehlenden Transparenz. Es ist ein Budget der Enttäuschung für die Grazerinnen und Grazer und es ist, nachdem die angekündigten strukturellen Reformen fehlen, die das strategische Rückgrat bilden sollen, ein Budget ohne Rückgrat und ohne Visionen (*Applaus SPÖ*).

Verwundern darf uns dieser unzulängliche Budgetentwurf für 2009 aber nicht. In Wahrheit hat er sich ja in den vergangenen Wochen und Monaten bereits mehr als angekündigt. Denn die Art und Weise, wie der Budgetentwurf heuer zustande kam, war in höchstem Maße unprofessionell. Die diesjährigen Budgetverhandlungen waren geprägt von einer „politischen Unkultur“. Es gab keine oder nur unzureichende Gespräche, auch wenn es der Herr Finanzstadtrat heute anderes dargestellt hat, mit den jeweils zuständigen StadtsenatsreferentInnen, und die Fachmeinung der Ämter wurde einfach ignoriert. Gemeinsame Schwerpunktsetzungen über alle Stadtsenatsreferenten hinweg waren dadurch überhaupt nicht möglich.

Zwischenruf GR. Herper: Das ist ja unglaublich.

GR. Mag. **Haßler**: Bezeichnend für das unprofessionelle Vorgehen ist der Sozialbereich, wo Schwarz/Grün in der Öffentlichkeit versucht haben, einen positiven Zuwachs als Schwerpunktsetzung zu verkaufen. Tatsächlich gibt es aber einen Fehlbetrag von zirka 10,7 Millionen Euro, der zwar zu 60 Prozent vom Land abgedeckt wird, aber unterm Strich fehlen im Sozialbudget alleine bei den Pflichtausgaben rund 4 Millionen Euro, die von der Stadt Graz noch zusätzlich zu bedecken sein werden. Alle Argumente der zuständigen Stadtsenatsreferentin und der Fachabteilung wurden einfach negiert.

Die Folge dieses Negierens ist hinsichtlich der rechtlichen Vorgaben zumindest ein fahrlässiges Handeln, da dem Gemeinderat heute ein Jahresvoranschlag für 2009 vorgelegt wird, der nicht den dafür erlassenen rechtlichen Grundlagen entspricht. Sowohl im Statut der Stadt Graz, und für alle Interessierten, die nachlesen wollen, im II. Abschnitt der § 89 als auch in der VRV, heißt es nämlich wörtlich:

„Alle Einnahmen und Ausgaben, die im Laufe des kommenden Haushaltsjahres voraussichtlich fällig werden, sind zu veranschlagen“ und nicht beliebig, wenn ich will, veranschlage ich und sonst nicht.

Schwarz/Grün schwindelt sich also mit Zahlen aus dem Traumbüchlein über die Budgetnöte hinweg und spätestens im Herbst 2009 wird dieses Budgetkartenhaus einstürzen.

Zwischenruf GR. Grosz: Das ist schon eingestürzt.

GR. Mag. **Haßler**: Nachdem, abgesehen von allen anderen Unzulänglichkeiten, nicht einmal die rechtlichen Grundlagen eingehalten werden, kann es für diesen Budgetentwurf von Seiten der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion nur eine Antwort geben:

Wir werden diesen Budgetentwurf ablehnen, weil er nicht einmal den Mindestanforderungen entspricht! (*Applaus SPÖ*).

Die richtige Antwort auf die Veränderungen und Herausforderungen in unserer Stadt kann nicht Lähmung oder Trägheit sein. Die richtige Antwort auf diese Veränderungen und Herausforderungen in unserer Stadt kann aber auch nicht eine extreme Radikalität sein. Wir haben es leider auch in unserer Stadtpolitik erlebt, und zwar vor allem im vergangenen Gemeinderatswahlkampf, dass Stadtpolitiker beziehungsweise Stadtpolitikerinnen nur allzu gerne radikal vereinfachende Antworten auf Veränderungen unserer Stadt geben. Sie übersehen aber dabei eines: Menschen, die in unsere Stadt kommen, um zu arbeiten, zu studieren, hier in die Schule zu gehen, um hier ihre Existenz aufzubauen, machen unsere Stadt nur stärker (*Applaus SPÖ*).

In Zeiten wie diesen, die von neuen Herausforderungen und neuen Anforderungen geprägt sind angesichts der globalen Wirtschaftskrise, die auch vor Graz nicht halt machen wird, braucht es eine professionelle, menschliche und soziale politische Führung. Vor diesen Aufgaben und Herausforderungen stehen wir. Wir

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen uns diesen Herausforderungen stellen.

Die Politik der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Grazer Gemeinderat will mehr sein als ein bloßes Fest- und Fortschreiben von Zahlen. Unsere Politik will auch mehr sein als der bloße Bau von Prestigeobjekten wie zum Beispiel Wohlfühlhaus oder Kasemattenbühne. Eine erfolgreiche und zukunftsweisende Budgetpolitik braucht ein starkes politisches Wertefundament. Ich betone es noch einmal: ein starkes politisches Wertefundament (*Applaus SPÖ*).

Wir kämpfen für den Wert der Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit in dieser Stadt. Es soll nicht nur ein paar Privilegierte geben, sondern alle, die in unserer Stadt leben und die ein Bestandteil dieser Stadt sein wollen, sollen das gleiche Recht auf Chancen haben und die gleichen Möglichkeiten und Annehmlichkeiten in unserer Stadt genießen können. Wir glauben an die Notwendigkeit von Toleranz und Respekt gegenüber den anderen. Wir sind überzeugt, dass es in unserer Stadt - wie überall auf der ganzen Welt - starke Gemeinschaften auf allen Ebenen braucht, damit man denjenigen beistehen kann, die es auch benötigen, die arm, hilflos oder krank sind.

Dafür brauchen wir auch ein Modell für einen sinnvollen Umgang mit öffentlichen Unternehmen und Eigentum in der Stadt Graz. Wir müssen Richtlinien erarbeiten die sicherstellen, dass die städtischen Unternehmen aus dem politischen Tagesgeschäft herausgehalten werden, und alle im Gemeinderat vertretenen Parteien sollten dabei einbezogen werden. Wir sind von der Notwendigkeit der gemeinwirtschaftlichen Werte und Ziele gerade in der heutigen Zeit mehr denn je zutiefst überzeugt. Wenn wir einen Wohlstand für alle erreichen wollen, dann müssen wir uns wieder mehr an gemeinwirtschaftlichen Werten und Grundhaltungen orientieren. Und diese Werte lauten:

- langfristige Sicherheit anstatt kurzfristiger Gewinne
- gesellschaftlicher Ausgleich anstatt Vorteile für Einzelne
- kostengünstige Infrastruktur für alle (*Applaus SPÖ*).

Es gibt eine einfache Frage, die wir uns als Gemeinderätinnen und Gemeinräte immer wieder stellen sollten: Was brauchen die Menschen in unserer Stadt? Ich glaube, es gibt auf diese einfache Frage auch eine einfache Antwort: Sie brauchen Arbeit, Wohnraum, Gemeinschaft, Bildungs- und Aufstiegschancen für ihre Kinder und Ausbildungsplätze für die Jugendlichen. Das sind unserer Meinung nach die Herausforderungen unserer Zeit. Genau hier muss eine erfolgreiche Budgetpolitik ansetzen. Eine nachhaltige, zukunftsorientierte und damit erfolgreiche Budgetpolitik muss in die Menschen dieser Stadt investieren (*Applaus SPÖ*). Wir müssen Arbeit und Wohnraum schaffen sowie soziale Sicherheit geben. Wir müssen Sicherheit auf der Straße und in den eigenen vier Wänden gewährleisten. Wir müssen unseren Kindern und Jugendlichen die beste Betreuung und Ausbildung geben, denn sie sind nicht nur unsere Zukunft, sondern sie müssen auch die Lasten der Zukunft tragen und die sind, wie wir heute bei den Ausführungen unseres Finanzstadtrates hören konnten, sehr, sehr groß. Wir wollen in die Menschen investieren und nicht nur auf Kosten der Menschen Schulden machen und die Menschen dadurch verunsichern (*Applaus SPÖ*).

Zum Stichwort „Verunsichern“ ist es mir als Gemeinderat, aber auch in meiner Funktion als Arbeitnehmer-/Arbeitnehmerinnenvertreter, ein Bedürfnis, heute hier bei dieser Budgetrede ein paar klare Worte an hoffentlich nur einige wenige, und ich sage es bewusst, „Zünder“ in der schwarz/grünen Koalition zu richten, die vermutlich im „Wirtschaftsflügel“ der ÖVP zu finden sind, habe ich bis heute gedacht, aber bei den Ausführungen des Kollegen Hohensinner habe ich mich gewundert, weil er, nachdem er als ÖAAB-Obmann im Gespräch ist, dass er auch solche Aussagen tätigt, hat mich, wie gesagt, heute sehr verwundert. Meine Botschaft an euch lautet:

Zwischenruf GR. Hohensinner unverständlich.

GR. Mag. **Haßler**: Jetzt wirst es vielleicht verstehen. Unterlassen Sie es in Zukunft, die Bediensteten der Stadt Graz und der dazugehörigen städtischen Unternehmen in

der Öffentlichkeit immer nur als Kostenbelastungsfaktor anzuprangern, das habt ihr heute bitte auch gemacht. Immer dann, wenn es gilt, die Verantwortung für einen Schuldenweg abzuwälzen, muss das städtische Personal herhalten. Das ist nicht nur inhaltlich grundfalsch, Sie tun damit auch der Stadt und den Grazerinnen und Grazern nichts Gutes, denn das ist kontraproduktiv: Immer nur auf Personal- und Pensionskosten zu verweisen, verunsichert nicht nur, es verärgert und demotiviert die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen auch zusehends (*Applaus SPÖ*).

Mit dem sogenannten Personalpaket in Zusammenhang mit der Aufgabenkritik, mit der Pensionsreform, mit dem de facto Aus der Pragmatisierungen, mit einem halbjährigen Verzicht auf die Gehaltserhöhungen im Jahr 2005 haben die städtischen Bediensteten in überproportionalem Ausmaß ihren Beitrag zum Konsolidierungskurs bereits geleistet. Nicht zu vergessen, dass die der Stadt übertragenen Mehraufgaben natürlich auch von diesen Bediensteten geleistet werden und hervorragend geleistet werden, auch in Zukunft (*Applaus SPÖ*).

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen für die Zukunft gewährleisten wissen, dass den städtischen Bediensteten nicht mehr via Medien Botschaften über Personalkürzungen oder Umstrukturierungen ausgerichtet werden. Stattdessen sollten wir uns auch als Politikerinnen und Politiker die Frage stellen: "Was können wir tun, um die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei ihrer Arbeit zu unterstützen? Was können wir tun, damit sie ihr volles Potential, ihre volle Kraft entfalten können?" Die Beziehung zu den städtischen Mitarbeitern soll in Zukunft nicht mehr von Macht auf der einen und Angst auf der anderen Seite geprägt sein, sondern sie soll geprägt sein von gegenseitigem Respekt, Vertrauen und Anerkennung als Mensch. Die Richtung, die wir uns wünschen, ist klar: Wertschöpfung durch Wertschätzung! (*Applaus SPÖ*).

Im Übrigen erlaube ich mir an dieser Stelle, mich namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion ausdrücklich bei allen Bediensteten zu bedanken, die Tag für Tag, Nacht für Nacht im Interesse der Stadt und der Grazerinnen und Grazer eine hervorragende Arbeit leisten (*Applaus SPÖ*). Die Lebensqualität in dieser Stadt, die Wohnqualität, die Sauberkeit und Sicherheit in unserer Stadt ist ganz wesentlich mit ihr Verdienst.

Ein besonderer Dank gebührt heute und an dieser Stelle, anlässlich des Budgetgemeinderates, natürlich den bewährten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanzdirektion, die es trotz unklarer politischer Zielvorstellungen und chaotischer Zustände geschafft haben, einen Budgetentwurf für 2009 zustande zu bringen (*Applaus SPÖ*).

Abschließend noch einige Anmerkungen zum vorliegenden Budgetentwurf und zum generellen politischen Kurs von Schwarz/Grün. Das, was die Grazerinnen und Grazer als sogenannten „neuen“ politischen Kurs von Schwarz/Grün bisher vorgesetzt bekommen haben, war gelinde gesagt nicht gerade berauschend. Genau genommen ist bisher nur ein Kurs in Richtung zusätzlicher Belastungen für die Grazerinnen und Grazer und ein Kurs in Richtung Schuldenexplosion erkennbar.

Was Schlagwörter wie „systematische Bearbeitung der Einnahmepotentiale“ sowie „Einnahmenerhöhung bei Beteiligungen“ in der Praxis bedeuten, haben wir in den vergangenen Wochen bei den Gebührenerhöhungen für Strom und Gas ja bereits hautnah miterleben müssen. In der heutigen Gemeinderatssitzung erfolgt der nächste Anschlag auf die Geldbörsen der Grazerinnen und Grazer mit einer kräftigen Erhöhung der Müll- und Kanalgebühren. Am stärksten treffen wird es wiederum diejenigen, die sowieso kaum genug zum Leben haben, also KleinstverdienerInnen, MindestpensionistInnen und Arbeitslose.

Genau diese Menschen trifft aber auch die 15-Prozent-Sperre der Ermessensausgaben am stärksten, auch wenn jetzt, vor allem aufgrund der Proteste von NGOs die Jugend-, Frauen- und Sozialinitiativen davon ausgenommen sein sollen, wie wir heute gehört haben. Zwar gilt die Sperre vorerst nur bis Herbst 2009, aber es ist zu befürchten, dass angesichts der bereits jetzt absehbaren Mehrausgaben und der zu befürchtenden Mindereinnahmen auf Grund der Wirtschaftskrise und auch der vielen offenen Fragen, die durch das vorliegende Budget auch nicht beantwortet werden, dass diese 15-Prozent-Sperre aufrecht bleiben wird. In Wirklichkeit droht immer noch ein sozialer Kahlschlag und eine Belastungswelle, die vor allem die Menschen mit wenig Einkommen schmerzlich zu spüren bekommen werden.

Zwischenruf GR. Herper: Das ist skandalös.

GR. Mag. **Haßler**: Denn sagen wir es doch klipp und klar: Mit der 15-Prozent-Sperre hat sich der Herr Finanzstadtrat über eine Diskussion zur Kürzung der Ermessensleistungen hinweggeschwindelt. Mit dieser Maßnahme versucht die schwarz/grüne Koalition darüber hinwegzutäuschen, dass die Ermessensleistungen, und das sind etwa Mittel für Vereine, die wichtige Tätigkeiten für die BürgerInnen in dieser Stadt leisten, zu Gunsten schwarz/grüner Prestigeobjekte gekürzt werden. Denn nochmals zur Erinnerung: Wenn Sie schon außer Stande sind, die gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtleitungen in der erwiesenerweise notwendigen Größenordnung zu budgetieren, dann wird sich nicht einmal die viel zitierte Jetti-Tant des leider verstobenen Wiener Altbürgermeisters Helmut Zilk von Ihnen weismachen lassen, dass am Ende des Jahres genug Geld vorhanden sein wird, um diese 15-Prozent-Sperre aufzuheben zu können (*Applaus SPÖ*).

Schmerzlich zu spüren bekommen werden die Grazerinnen und Grazer unter Umständen auch noch ein weiteres sogenanntes „Highlight“ des neuen schwarz/grünen Kurses. Durch politisches Unvermögen und eine dilettantische Vorgehensweise droht nämlich beim unbestritten dringend notwendigen Neubau des Bades Eggenberg eine vermeidbare Kostenbelastung von 11,6 Millionen Euro, wenn sich Bund und Land nicht noch im letzten Augenblick erweichen lassen, mehr als ursprünglich vereinbart zuzuschießen. Die chaotischen Zustände rund um den Neubau des Eggenberger Bades, aber auch rund um den Neubau der Kasemattenbühne zeigen mit schonungsloser Deutlichkeit das Versagen dieser schwarz/grünen Koalition und legen gleichzeitig offen, wo die wahren Einsparungspotentiale in dieser Stadt liegen, ich weiß, dass es weh tut Kollegin, aber es ist so (*Applaus SPÖ*).

Im wahrsten Sinne des Wortes verschlafen hat die schwarz/grüne Koalition das Konzept „Steiermark der Regionen“, das gemeindeübergreifende Kooperationen vorsieht. Anstatt eine offene Vorwärtsstrategie einzuschlagen und die städtischen Leistungen, die in den Kernraum Graz und in die Steiermark hinausstrahlen, für eine

regionale Zusammenarbeit zu offerieren, hat es noble Zurückhaltung gegeben. Insbesondere die Leistungen der Daseinsvorsorge – wie die verkehrs- oder umweltbezogene Infrastruktur, die Kulturleistungen und der Bildungsbereich mit den Fachhochschulen und vieles andere mehr - sind aus unserer Sicht wertvolle und kostenintensive Bereiche, die an der Gemeindegrenze nicht Halt machen. Für diese Leistungen mit regionalem, beziehungsweise überregionalem Charakter könnte mit Hilfe des Konzeptes „Steiermark der Regionen“ die räumlich und finanziell begrenzte Sichtweise, die durch die Stadtgrenze und das Stadtbudget bedingt ist, überwunden werden. Seit Monaten wird in den steirischen Gemeinden heftig über das neue Regionalkonzept diskutiert. Der schwarz/grünen Koalition war diese Chance für Graz bisher nicht einmal einen „Augenaufschlag“ wert, denn im Grazer Gemeinderat hat es bis zum heutigen Tage noch keinen einzigen Tagesordnungspunkt zu diesem Thema gegeben (*Applaus SPÖ*). Weil der Kollege Grosz früher angemerkt hat, das hat nichts mit Gaz oder mit dem Budget zu tun, ich glaube, wenn die Gemeinden im Umland auch sich mitbeteiligen würden, könnten wir für unser Grazer Budget doch einen wesentlichen Schritt weiterkommen.

Was Graz braucht, ist eine professionelle politische Arbeit, in deren Mittelpunkt die Wünsche, Sorgen und Nöte der Grazerinnen und Grazer stehen. Es reicht nicht aus, wenn der Finanzreferent in seiner Hilflosigkeit eine Sonder-Milliarde vom Bund fordert. Fordern alleine wird zu wenig sein, wie uns das Beispiel Bad Eggenberg deutlich zeigt. Seriöses Verhandeln wäre wohl eher ein erfolgversprechendes professionelles politisches Vorgehen. Beim Verhandeln scheint aber vor allem die ÖVP nicht sehr erfolgreich zu sein: Wie sonst ist es zu erklären, dass unser Herr Bürgermeister seit Jahren ankündigt, zig Sondermillionen von Bund und Land zu holen. Aus Wien heimgekommen ist er aber leider immer nur mit Mehraufgaben und damit Mehrausgaben für die Stadtverwaltung – Stichwort Aufgabenübertragung - ohne dafür auch nur einen einzigen Cent als Entschädigung mitzubringen.

Dies sind nur einige Beispiele für die mangelnde Professionalität, die diese schwarz/grüne Koalition bei ihrer politischen Arbeit bis dato an den Tag gelegt hat. Auch der heute zum Beschluss vorliegende Budgetentwurf fügt sich nahtlos in diese Serie ein, denn er ist zweifelhaft und hinterfragenswert. Besonders der Umstand, dass die Grazerinnen und Grazer durch Gebührenerhöhungen die Zeche zahlen

müssen, ist für uns indiskutabel. Ganz zu schweigen davon, dass wirkliche Schwerpunktsetzungen fehlen. Von einem zielorientierten Sanierungskurs ist weit und breit nichts zu bemerken und darüber hinaus erfüllt der vorgelegte Budgetentwurf nicht einmal die rechtlichen Mindestvoraussetzungen. Und um dann vielleicht bei der Rede vom Kollegen Hohensinner anzuknüpfen, der uns die fünf Punkte der Maslowschen Bedürfnispyramide versucht hat zu erklären, muss ich sagen, mache ich jetzt einen Versuch die Bedürfnispyramide dieser Koalition vielleicht zu erklären. Diese Bedürfnispyramide lautet: Postenschacher, Prestigeprojekte, politisches Chaos, politisches Unvermögen und politische Selbstverwirklichung im Sinne von Scheinheiligkeit, nämlich nach dem Motto „Wein trinken und Wasser predigen“ (*Applaus SPÖ*).

Daher wird die sozialdemokratische Fraktion dem heute vorliegenden Budget für 2009 in keinem einzigen Punkt zustimmen! Danke (*Applaus SPÖ*).

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 10.50 Uhr den Vorsitz.

GRÜNE

GR. Dr. Gerhard WOHLFAHRT

Liebe Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Stadträte und Stadträtinnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste! Vieles habe ich vom Vorredner nicht teilen können, vieles habe ich nicht verstanden, es wird auch nicht verwundern. Eines, wie nicht anders erwartet, eines kann ich schon ein wenig verstehen, der Wunsch nach den Reformen. Hier gibt es ein kleines Defizit. Ich denke mir, ganz kurz gesagt, zuerst denken, dann handeln, ist ein sinnvolles Konzept und wir werden das auch machen. Sinnvolle Reformen brauchen Zeit, wir halten die Reformen auch gerne aus der Tagespolitik heraus, so wie es vorgeschlagen ist, aber ich muss schon etwas anmerken. Wir Grünen haben diese Zeit noch nicht gehabt, die Sozialdemokraten haben das ganz, ganz lange gehabt und nie genutzt, also hier, denke ich mir, kommt die Kritik von der falschen Seite, irgendjemand, der zig Jahre in der Stadtregierung an vorderer Stelle war, es gibt offiziell keine Oppositionen, keine Stadtregierung, der wirklich ganz vorne mitregiert hat und nachher das uns das alles vorhält, was jetzt schlecht ist, das kann ich nicht verstehen, tut mir leid, beim besten Willen (*Applaus Grüne*). Ansonsten hat sich ein etwas einfaches Muster durch die Rede gezogen. Im Prinzip, wenn man die Aussage kurz zusammenfasst, zu wenig Ausgaben, zu wenig Ausgaben im Kulturbereich und da und Soziales, zu wenig Löhne wahrscheinlich, viel zu hohe Einnahmen, die sollte man alle senken, das ist eh ganz klar, soweit könnt ihr noch mit, aber dann kommt der interessante Schluss, aber kein Defizit, keine Schulden, das wird spannend, also das kann ich wirklich nicht mehr verstehen, man könnte ein höheres Defizit fahren, ist nicht besonders sinnvoll, das könnte man sich überlegen, aber nur nach mehr Ausgaben und weniger Einnahmen zu rufen, das ist zu wenig (*Applaus Grüne*).

Aber ich glaube, wir sollten vor allem das anschauen, was vorliegt. Ein schwieriges Budget in schwierigen Zeiten. Die Budgeterstellung, ein langwieriger und schwieriger Prozess. Haben wir geschafft. Die Umsetzung wird nicht leicht sein, die haben wir noch vor uns. Lassen Sie mich bitte vom Allgemeinen zum Speziellen kommen.

Schwierige Zeiten, wir hören und lesen es überall. Als Ökonom und Politiker bin ich davon überzeugt, dass diese schwierigen Zeiten eine aktive und mutige Politik verlangen. Vor einem Jahr waren viele PolitikerInnen und auch viele ÖkonomInnen nicht dieser Meinung. Inzwischen ist der Ruf nach einer aktiven und mutigen Politik in beiden Professionen mehrheitsfähig. An sich eine erfreuliche Entwicklung, aber leider vor einem sehr düsteren Hintergrund. Ein düsterer Hintergrund, den natürlich auch die Politik der Vergangenheit mitzuverantworten hat. Unkontrollierte Finanzmärkte sind aber nur ein Teil dieser Geschichte. Mangelnde Solidarität, unkontrolliertes Gewinnstreben, private Pensionsversicherungssysteme, die Sucht nach immer höheren Profitraten, all das hat das Seine zur Krise beigetragen. Der Kollege Hohensinner hat sogar von einem Bauchfleck gesprochen und mich wundern diese Worte seitens der ÖVP, aber ich nehme sie gerne zur Kenntnis, es ist ja das die Realität. Und jetzt stehen wir mitten in unsicheren Zeiten, wünschen uns die Sicherheit des Staates. Staatshilfe und Staatshaftung zumindest für Banken, vielleicht auch für mehr, Konjunkturpakete für die Wirtschaft, zusätzlich Sozialleistungen für alle von der Wirtschaftskrise Betroffenen und das alles am besten zum Nulltarif. Wenn nur schon Weihnachten wäre. Leider sind wir PolitikerInnen nicht Weihnachtsfrauen und Weihnachtsmänner, die wir oft gerne wären. Leider müssen wir uns mit Unannehmlichkeiten von Zahlen und Fakten auseinandersetzen. Wir haben diese Aufgabe gerne und gründlich angenommen.

Bevor ich zum Budget komme, einem Budget, das sicherlich zu den am längsten diskutierten gehört, möchte ich mich bei den vielen beteiligten MitarbeiterInnen der Stadt Graz, insbesondere Finanzdirektion und Rechnungshof, für ihre Geduld und Unterstützung bedanken. Namentlich ganz besonders bei den Herren Günter Fürntrat, Michi Kicker, Finanzdirektor Karl Kamper und Magistratsdirektor Martin Haidvogel, ein herzliches Dankeschön an sie und an alle beteiligten Magistratsbediensteten (*Applaus Grüne*).

So, nun aber zum Budget. Schwierige Zeiten verlangen nicht nur nach einer aktiven und mutigen Politik, sondern auch einer verantwortungsvollen Politik. Verantwortungsvolle Politik heißt in diesem Fall, vor allem stabilisierend und vertrauensbildend zu wirken. Diese Politik könnte ja fast in dem alten, aber guten Begriff des Deficit-Spendings umschrieben werden. Die Argumente, die dafür

sprechen, sind bekannt und offensichtlich. Nachfrage schaffen, Arbeitsplätze sichern, Vertrauen schaffen sind vielleicht die wichtigsten Schlagwörter. Wir, der Grazer Gemeinderat, haben uns auch deshalb bereits vor rund zwei Monaten einstimmig dafür ausgesprochen, dass die Kriterien des Maastrichts-Vertrages ausgesetzt werden sollen, damit für diese Politik ein wichtiger Spielraum geschaffen wird. Die Bundesregierung ist dem Vorschlag leider nicht gefolgt, bis jetzt zumindest nicht. Aber spricht etwas gegen Deficit-Spending, bei koordinierter Vorgangsweise der gesamten Politik überwiegen in Zeiten wie diesen ganz sicherlich die Vorteile. Aber diese koordinierte Vorgangsweise können wir leider noch nicht sicher sehen. Städte und Gemeinden müssten nämlich einen Großteil der zusätzlichen Ausgaben übernehmen, würden aber nur einen kleinen Teil des Erfolges für sich verbuchen dürfen. Die Kooperation mit dem Hauptbetroffenen, dem Bund, ist noch nicht optimiert. Noch gilt der Stabilitätspakt, noch stellt der Bund viel Geld für Großprojekte, die wahrscheinlich nicht rasch genug umgesetzt werden können, zur Verfügung, noch immer erhalten die Städte nicht die notwendigen Ressourcen, und Graz ist leider noch immer das Schlusslicht beim Finanzausgleich, wir haben es gehört.

Zwischenruf GR. Herper: Der Herr Bürgermeister kann mit dem Herrn Finanzminister...

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Müssen wir schauen. Kurz gesagt, großer Handlungsbedarf und wenig Rückflüsse für die Stadt Graz. Und bei der Ausgangslage, die wir in Graz vorfinden, das ist relativ unangenehm. Mich schreckt in diesem Zusammenhang nicht die bereits oft erwähnte eine Milliarde Euro Schulden, sondern viel mehr die noch nicht gelösten strukturellen Probleme, sie stehen noch vor uns, allen voran die hohen Pensionslasten. Bitte, liebe Leute, wann sind denn die entstanden? Wir zahlen pro Jahr 100 Millionen Euro für Pensionen, für ehemalige MitarbeiterInnen, die natürlich Anspruch auf diese Pensionen haben, aber eigentlich sind diese Pensionszahlungen ja nichts anderes als Rückzahlungen von Schulden. Und wenn ich den sogenannten

Barwert dieser Pensionszahlung anschau, dann kommen noch mindestens zwei Milliarden Schulden an ehemalige und aktive MitarbeiterInnen dazu und dann sind wir bei drei Milliarden Schulden und dann wird die Schwierigkeit offensichtlich. Diese enorme Vorbelastung, die nicht von dieser schwarz/grünen Stadtregierung zu verantworten ist, kombiniert mit den nicht geringen aktuellen Problemen, ja, das ist der Stoff aus dem die Albträume der Budgetarbeitsgruppe sind. Wir haben uns dieser Herausforderung gestellt, herausgekommen ist...

Zwischenruf GR. Herper: Nichts.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: ...ein grünes Budget, und Kritiker könnten natürlich sagen, ein grünes Budget mit schwarzen Inhalten und die Kritiker hätten natürlich ein wenig Recht, aber nur ein wenig. Es gibt keine grüne Stadtregierung und deswegen kann es auch kein grünes Budget geben, kein rein grünes Budget geben, aber eines kann ich hier ruhigen Gewissens sagen, nicht nur der Umschlag ist grün.

Was ist grün am Budget? Erstens einmal das Gesamtkonzept, ein sparsames Budget mit bewusster Schwerpunktsetzung. Wir haben überall dort, wo es zumindest einen kleinen, direkten unmittelbaren Einfluss der Politik gibt, namentlich bei den Eckwerten, die Dynamik der Ausgabensteigerung durchbrochen und trotzdem Schwerpunkte gesetzt. Schwerpunkte in den Bereichen Soziales, Kinder- und Jugendbetreuung und Integration (*Applaus Grüne*). Wir Grüne stehen gerne zu diesen Schwerpunkten, wir freuen uns, dass wir diese Schwerpunkte gemeinsam mit der ÖVP umsetzen konnten. Wir stehen in diesen Bereichen auch für kleine und feine grüne Zeichen. Für eine leichte Erhöhung der Subventionen für Vereine und Institutionen, für eine Ausnahme aus der 15-%-Sperrung und dergleichen. Leider können wir diese wichtigen Kooperationspartner nicht so finanziell unterstützen, wie wir gerne möchten. Die Rahmenbedingungen lassen es leider nicht zu. Umso wichtiger ist uns die breite Unterstützung und gute Kooperation mit allen Akteuren in diesen Bereichen. Wir können leider kein großes finanzielles Dankeschön anbieten, aber dafür ein herzliches Danke und die große Bitte, weiterhin mit der Stadt und mit

uns zu kooperieren (*Applaus Grüne*). Wir sind aber etwas verwundert, dass die Roten, die SPÖ und die KPÖ, diese Schwerpunktsetzung nicht unterstützen. Eigentlich sollte die Schwerpunktsetzung von dort sehr stark unterstützt werden. Vielleicht wünschen sich manche mehr Geld für diese Schwerpunkte, diesen Wunsch kann ich gut verstehen, aber wie sollen wir diese berechtigten Wünsche finanzieren bei diesen Altlasten? Wie gesagt, Weihnachten ist leider erst in 13 Tagen. Und auf der anderen Seite werden wir dafür kritisiert, dass wir städtische Gebühren nach zwei Jahren an die Inflationsentwicklung anpassen und damit Einnahmen erzielen, die obige Ausgaben erst ermöglichen. Ich weiß, Geben ist besser als Nehmen, aber eine Stadt, die nur gibt, wird mittelfristig schwere finanzielle Probleme bekommen und da muss man nicht auf Sonderfälle wie Trieben verweisen. Und noch etwas zu diesen angeblich unsozialen Gebührenerhöhungen. Die Erhöhung der städtischen Gebühren Kanal- und Müllabfuhr belastet eine durchschnittliche GrazerIn mit zirka einem Euro im Monat. Diese Belastung ist nicht unsozial. Unsozial ist vielmehr, dass es leider wirklich einige wenige Grazerinnen gibt, für die dieser eine Euro im Monat wirklich ein Problem darstellt, das ist unsozial. Das ist das Versagen von sozialer Verteilungspolitik, hier besteht dringender Handlungsbedarf (*Applaus Grüne*). Für den Großteil der GrazerIn ist ein Euro mehr Abgaben im Monat zum Glück kein Problem. Ja, hier unterscheiden wir Grünen uns bewusst von einigen anderen. Wir können zu dieser Preisanpassung stehen. Gute städtische Leistungen dürfen auch etwas kosten und eine gute Einkommenssozialpolitik hat dafür Sorge zu tragen, dass sich auch die untersten Einkommensschichten diese städtischen Abgaben und natürlich alle anderen notwendigen Ausgaben leisten können.

Zwischenruf GR. Herper: Das ist für die grüne Mittelschicht.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Was ist noch grün in diesen schwierigen Zeiten? Die Energiewende. Ich glaube, dass jeder zu seiner Zeit zum Reden drankommt.

Zwischenruf GR. Herper unverständlich.

Zwischenruf GRin. Binder: Was hat der Hundsdorfer gesagt?

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Was ist noch grün in diesen schwierigen Zeiten? Die Energiewende; das heurige Jahr hat uns gezeigt, dass Energie wahrscheinlich nicht so billig bleiben wird, wie sie bis vor kurzem war. Die grüne Antwort darauf ist klar und eindeutig. Raus aus Gas und Öl. Nur dieser Umstieg spart längerfristig Geld. Raus aus Gas und Öl heißt nicht nur den Einsatz von Alternativenergieförderungen, das heißt vor allem Energie sparen durch Wärmedämmung und Effizienzsteigerung. Diese grüne Antwort wird in der Stadt Graz zunehmend umgesetzt. Nicht nur durch eine Forcierung der Umstellung der Straßenbeleuchtung und Lichanlagen, auch durch mehr Wärmedämmung und einen forcierten Ausbau der Fernwärme. Wir werden heute noch höchstwahrscheinlich den Wirtschaftsplan 2009 Energie Graz beschließen, in dem eine Verdoppelung der Investitionsausgaben für Fernwärme enthalten ist (*Applaus Grüne*). Ökologisch dringend notwendig und aus konjunkturpolitischen Überlegungen genau zum richtigen Zeitpunkt. Gestern hat dieser Wirtschaftsplan im Finanzausschuss leider nicht die Unterstützung von SPÖ und KPÖ erhalten, heute wird es wohl kaum anders sein. Das wir Grüne die notwendigen Energie aus erneuerbaren Energiequellen bereitstellen, ist evident.

Zwischenruf GR. Herper: Durchsetzen müsst ihr das noch.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Der Ausbau der Solarenergie in Graz ist für uns selbstverständlich. Unsere Beteiligungen, die Graz AG und Energie Graz, werden uns dabei helfen.

Grün ist natürlich auch die Verkehrspolitik. Hier geht es vor allem um den Ausbau von Fuß- und Radwegen und um eine Verbesserung des ÖV-Angebotes. Wenn nötig auch zu Lasten des Autoverkehrs. Der Ausbau von Fuß- und Radwegen spiegelt sich im Budget in vielen kleinen Beträgen wider, das sind verkehrspolitisch richtige Maßnahmen. Diese Maßnahmen sind auch konjunkturpolitisch optimiert, die zusätzliche Nachfrage kommt für die lokale Wirtschaft genau zum richtigen Zeitpunkt. Und darüber hinaus wirkt jeder Euro doppelt. Das Land zahlt die Hälfte dazu, so schaut aktive, mutige Politik aus, das ist grüne Politik (*Applaus Grüne*). Wir glauben, dass wir so die knappen Geldmittel viel rascher und effizienter einsetzen können als in Großprojekten. Natürlich werden auch Großprojekte umgesetzt werden, aber noch nicht im Jahr 2009. Auf diese Bereiche Umwelt, Energie und Verkehrspolitik wird natürlich noch Frau Vizebürgermeisterin Lisa Rücker näher eingehen.

Aktive und mutige Politik in schwierigen Zeiten heißt auch die rasche Umsetzung von fertig geplanten Projekten. Ein Verschieben von Projekten wäre jetzt sicherlich genau das falsche Zeichen. Deshalb werden wir heute den Umbau des Bades Eggenberg beschließen. Damit können wir der Grazer Bevölkerung in absehbarer Zeit ein modernes Schwimmbad anbieten, damit unterstützen wir auch die Wirtschaft. Ein Verschieben dieses Projektes würde somit nicht nur weitere Kostensteigerungen nach sich ziehen, es wäre auch konjunkturpolitisch das falsche Signal. Dass wir beim Bad Eggenberg auf ökologische Kriterien achten, versteht sich von selbst. In schwierigen Zeiten wie diesen braucht es nicht nur Mut bei den Ausgaben, den haben ja viele. Es braucht auch politischen Mut bei den Einnahmen, und hier ist kein allgemeines Abkassieren gemeint, sondern der Mut, für bestimmtes Verhalten oder von bestimmten Personengruppen Beiträge zur Finanzierung der notwendigen Ausgaben zu verlangen. Ich weiß, für manche ist es nicht politischer Mut, sondern schlicht politischer Wahnsinn. Wir Grüne stehen aber zur nachhaltigen Politik und diese muss sich auch zu öffentlichen Einnahmen bekennen. Beispiele dafür sind der Solidarbeitrag für gut abgesicherte ehemalige MitarbeiterInnen mit Zweitwohnsitzabgabe. In Zeiten, in denen junge Menschen vielleicht den Arbeitsplatz verlieren und in denen immer mehr Menschen mit sehr geringem Einkommen auskommen müssen, in denen Sozialvereine leider nicht die wünschenswerte Unterstützung erhalten, in diesen Zeiten ist ein Solidarbeitrag gut abgesicherter ehemaliger MitarbeiterInnen für uns Grüne ein Gebot der Stunde. Wir wollen keinesfalls die städtischen Pensionen abschaffen, das wäre zum Glück auch

rechtlich unmöglich, aber wir wollen einen kleinen Solidarbeitrag für diese neuen Aufgaben. Und noch einen Vorteil hat eine derartige Solidarabgabe. Fast die Hälfte des Ertrages kommt vom Finanzminister, weil die Betroffenen einem Grenzsteuersatz von 43 und 50 % unterliegen (*Applaus Grüne*). Die Einführung einer Zweitwohnsitzabgabe ist notwendig, weil einige Menschen zwar überwiegend in Graz leben, hier aber keinen Hauptwohnsitz begründen. Diese Menschen verursachen zwar die vollen Infrastrukturkosten, wir, die Stadt Graz, bekommen aber nicht die entsprechenden Ertragsanteile, zirka 1000 Euro pro Jahr. Eine Zweitwohnsitzabgabe soll hier eine gerechte Verteilung der Ertragsanteile bewirken, indem einige Leute ihren Hauptwohnsitz nach Graz melden, so wie es eigentlich vorgesehen ist.

Mittelfristig ist eine Nahverkehrsabgabe unbedingt notwendig. Steuerungsfrage muss hier der motorisierte Individualverkehr sein. Dies kann in Form einer Stellplatzabgabe oder eines Road Pricing umgesetzt werden. Eine derartige Nahverkehrsabgabe hat zwei große Vorteile, sie setzt die richtigen Verhaltensanreize, Autofahren wird teurer, und sie ist auch fiskalisch sehr ergiebig. Ich weiß, für manche kommen jetzt in den Ruf unsozial und Abkassierer, diese Rufe kommen leider nicht nur aus dem rechten Eck, sie kommen sehr breit daher. In Wirklichkeit sind derartige Einnahmen aber unbedingt notwendig, um die wichtigen kommunalen Aufgaben weiterhin gut erfüllen zu können. Was ist nicht grün an dem Budget? Natürlich einige Entwicklungen, die nicht ganz unseren Vorstellungen entsprechen, aber das gehört zu einer Koalition dazu. Was wir das nächste Mal anders, also grüner, machen wollen, die Kommunikation mit den anderen Parteien war nicht optimal, der Informationsfluss wird hier und da ein kleiner See. Hier wollen wir Grüne uns dafür einsetzen, dass der Budgeterstellungprozess transparenter wird.

Abschließend noch ein paar Details aus dem Zahlenwerk. Die Schwerpunktsetzung im Sozialbereich wurde bereits erwähnt. Wir werden heute noch hören, dass die Steigerung über 10 % viel zu gering sei, weil allein die Pflichtausgaben schon viel stärker steigen. Ja, das kann niemand mit Sicherheit ausschließen. Aber das kann auch dann nicht ausgeschlossen werden, wenn wir den Budgetansatz um 20 % steigern. Es sei hier klargestellt, dass notwendige Pflichtausgaben natürlich bedeckt werden. Deshalb weisen wir ausdrücklich und nur für den Sozialbereich darauf hin, dass die Ermessensausgaben im Sozialbereich nicht durch potentielle, zusätzliche Pflichtausgaben beschnitten werden dürfen. Hier gibt es eine klare Zusage, weitere

Pflichtausgaben zu finanzieren. Eine Zusatzbestimmung, durch die unser grünes Budget beinahe rot wird, aber wir Grüne bekennen uns gerne zu Sozialausgaben. Und zur allgemeinen Beruhigung, wir haben dafür und für viele weitere unvorhersehbare Ausgaben eine Reserve von 12 Millionen eingestellt, eine Reserve, die wir nicht antasten wollen, eine Reserve, auf die wir aber zugreifen werden, wenn es sinnvoll und notwendig ist. Eine Finanzierung der ordentlichen Gebarung durch Vermögensverkäufe, wie sie vor allem in den Jahren 2004 bis 2006 mit jährlich über 80 Millionen erfolgt ist, ist jetzt nicht mehr möglich, das Vermögen ist schon fort. Unser Vermögen wurde größtenteils an die GBG übertragen und von dort zurückgeleitet. 2009 müssen wir leider auf unsere Beteiligungen zugreifen und Eigenkapital in Form einer Sonderdividende von der Graz AG an die Stadt Graz übertragen. Dies ist sicherlich keine nachhaltige Lösung, aber in der Übergangsperiode der Budgetkonsolidierung eine sinnvolle Möglichkeit zur Schließung der OG. Eine Kreditfinanzierung ist rechtlich ausgeschlossen. Und trotz der Steigerung im Sozialbereich wird der negative Saldo in der laufenden Gebarung deutlich kleiner. Mit 22 Millionen beträgt er rund die Hälfte des durchschnittlichen Saldos der letzten Regierungsperiode von 2003 bis 2007. Wer regt sich hier so sehr darüber auf, momentan sind wir auf den halben Schulden, die wir in den letzten fünf Jahren durchschnittlich gemacht haben, auf dem halben Defizit (*Applaus Grüne*). Und dieses schöne Ergebnis konnten wir erzielen, obwohl wir die angesprochene Sonderdividende als Eigenkapitaltransfer behandeln und nicht im laufenden Saldo. Ich weiß, Papier und Zahlen sind sehr geduldig, Zahlen sind gestaltbar. Aber man muss sie zur Kenntnis nehmen und anschauen. Uns Grüne interessiert in erster Linie nicht der Klang von Zahlen, wir wollen eine ökologisch nachhaltige und sozial verträgliche Budgetpolitik gestalten, das ist unser wichtigstes Ziel. Aber eines kann ich Ihnen versichern, ich scheue auch nicht die Diskussion über klingende Zahlen. Und das Wichtigste zum Schluss, vor sieben Monaten habe ich ein Übergangsbudget vertreten, ein grünes Pflänzchen, das Zeit zum Wachsen braucht. Diese Pflanze ist schon deutlich gewachsen und sie hat nicht nur schwarze Blüten, sie hat auch rote Blüten. Der Sozialbereich wurde öfters erhöht. Wir Grüne können diesem Budget, diesem grünen und bunten Budget mit gutem Gewissen zustimmen. Danke (*Applaus Grüne*).

KPÖ

GR. Mag. Andreas F A B I S C H

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit März 2008 haben wir in Graz eine neue Koalition, in die wir von der KPÖ keine allzu große Hoffnung gesetzt haben. Jedoch gab es von schwarz/grüner Seite das Versprechen, beim Thema Wohnen unsere Forderungen zu berücksichtigen. Unter anderem wurde auch der Neubau von 500 Wohnungen zugesichert, was wir auch unterstützenswert fanden. Nun liegt ein gemeinsamer Haushaltsvorschlag von ÖVP und Grünen vor, der die leider schon jahrelange Tradition von Auslagerungen und Gebührenerhöhungen fortsetzt. An der Reihe ist nun das achte Immobilienpaket von über 26 Millionen Euro, das wohl die letzten Liegenschaften, die Graz noch zusammenkratzen kann, an die GBG verkauft, der ja bereits die halbe Stadt gehört. Die Rückmieten und Leasingraten kosten die Stadt Graz nunmehr bereits fast 30 Millionen Euro jährlich, eine gewaltige, stets wachsende Belastung für die Zukunft. Das Ende der Fahnenstange ist schon längst erreicht, auch mit Budgettricks lässt sich ein Irrweg nicht ewig fortsetzen. Wir werden diesen Kurs sicher nicht mittragen. Finanzstadtrat Rüschi wünscht sich eine Sondermilliarde, er gibt damit zu, dass die Stadt ihren Aufgaben nicht mehr gerecht wird. Auch die Klagen über einen besseren Finanzausgleich wiederholen sich in diesem Haus regelmäßig. Dabei ist die ÖVP seit Jahren und Jahrzehnten in der Bundesregierung und stellt ohne Unterbrechung den Finanzminister, ebenfalls stellt sie den Finanzlandesrat Buchmann, die Frage bleibt also, warum geschieht denn nichts?

Interessant, dass der Trend zu Auslagerungen und Privatisierungen in der EU nicht zuletzt auch wegen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrisensituation zurückgeht und sich auch in sein Gegenteil kehrt. Nicht nur der englische Premierminister Gordon Brown denkt über Nationalisierungen nach und vollzieht sie auch. Auch in Österreich wuchs die Ablehnung der Privatisierung von Betrieben im öffentlichen Eigentum zwischen September und November von 49 auf 65 %. Das stellte der Meinungsforscher Dr. Rudolf Brettschneider fest.

Das Postmanagement plant bis zum Jahr 2015 in Österreich die Schließung von weiteren 1000 Postämtern und den Abbau von 9000 Beschäftigten. Eine Entwicklung, die dann auch Graz und die Steiermark weiterhin schmerzlich treffen wird. Die Krokodilstränen derer, die laut diesen Missstand bedauern, aber als begeisterte EU-Befürworter für mehr Wirtschaftsliberalismus getrommelt haben, sind unglaublich und lächerlich (*Applaus KPÖ*). Wir fordern die Rücknahme der Teilprivatisierung der Post. Nicht die maximale Dividende darf ausschlaggebend sein, sondern eine flächendeckende Befriedigung der Wünsche und Bedürfnisse der Bevölkerung. Personalabbau und Postamtsschließungen sind sofort zu stoppen, volle Solidarität mit den KollegInnen von der Post (*Applaus KPÖ*).

Durch die weiteren geplanten Kürzungen werden Magistratsabteilungen gezwungen sein, auch Personal zu reduzieren. Es wird Einsparungen geben, Auslagerungen in Personalgesellschaften, und so manche Nachbesetzungen werden einfach nicht erfolgen. Dies trifft rund 2000 Magistratsbedienstete, was wiederum für die übrigen den Arbeitsdruck erhöhen und für die Grazerinnen und Grazer eine deutliche Minderung des Serviceangebotes zur Folge haben wird. Die 2000 Bediensteten, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind nicht schuld am Finanzdesaster unserer Stadt, sie haben ihre Arbeit gemacht zum Wohle der Bevölkerung (*Applaus KPÖ*).

Durch die schlicht katastrophale Budgetsituation hat Graz seine Chancen verspielt, etwaigen Verschlechterungen für Menschen offensiv entgegenzutreten. Vor zehn Jahren hätte noch die Möglichkeit dazu bestanden, aber damals wurden unvorstellbar hohe Summen für Großprojekte eingesetzt. Diese missliche Finanzlage ist nicht vom Himmel gefallen. Sie wurde von einer falschen Politik auf kommunaler, nationaler und EU-Ebene ausgelöst. Der Stadt Graz droht nun die Gefahr, ihr soziales Gesicht zu verlieren.

Was ist mit dem Sozial- oder Aktivpass? Warum gibt es viel zu wenig Leerstellenangebote der öffentlichen Hand, warum können wir keine Grundstücksbevorratung für leistbaren Wohnraum anbieten? Wir brauchen dringend Übergangswohnungen genauso wie mehr Spiel- und Sportplätze. Nur für die Grazer Messe ist noch immer genug Geld vorhanden. Die Frage ist, können sich Menschen, die unter die Armutsgrenze fallen, noch auf die Stadt verlassen? Viele Initiativen fürchten um 15 % ihres dringend notwendigen Budgets. Kulturinstitutionen haben durchschnittlich wieder weniger Geld als im Vorjahr. Damit werden nicht nur wichtige

Angebote für die Bevölkerung reduziert, nein, auch Arbeitsplätze verschwinden. Dafür bekommen die Grazerinnen und Grazer wieder Gebührenerhöhungen serviert. Die Haushaltskosten, der Kanal und Müll, werden um etwa 6 % erhöht. Bereits 1998 hat Ernest Kaltenegger für eine Reduzierung der Stadtsenatsmitglieder von 9 auf 7 plädiert, vor 10 Jahren. Nun endlich hat sich dieser Gedanke durchgesetzt. Wäre man damals schon darauf eingegangen, hätte sich die Stadt Graz seither mehr als zweieinhalb Millionen Euro ersparen können. Die Reduzierung der Anzahl der Gemeinderäte sehen wir eher als demokratiepolitischen Verlust, da 56 Mandatäre auch besser in der Bevölkerung verankert sind als 48. Und somit auch effektiver für diese arbeiten können. Dies gilt erst recht in einer deutlich wachsenden Stadt. Angeblich liegen wir schon bei rund 280.000 Menschen. Wir könnten uns eher einen Entgeltstopp für Gemeinderäte vorstellen, dass die Erhöhungen einfach nicht mehr mitgemacht werden (*Applaus KPÖ*).

Auch die Schließung von Bezirksämtern ist alles andere als kundenfreundlich und wird von uns entschieden abgelehnt. Um letztlich auch auf kommunaler Ebene wieder schwarze Zahlen zu schreiben, wird aber unverzichtbar notwendig sein, die wirklichen Vermögen in Österreich anzugreifen, die jedoch unverständlicherweise auch von dieser Regierung immer mehr geschont werden. Milliarden verschwinden in steuerschonenden Stiftungen, Schenkungs- und Erbschaftssteuer sind gefallen. In Verbindung mit der Steuerreform, die auch die absoluten Spitzeneinkommen entlastet hat, ist auch ein Spitzensteuersatz von 60 %, den wir vor Jahren auch hatten, wieder denkbar. Die Einkommensschere klafft immer weiter auseinander, Umverteilung geschieht täglich, aber in die falsche Richtung. Weiters fordern wir die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe, die Abschaffung der Landesumlage und die Befreiung der kommunalen Einlagen von der KEST. Mit der Nahverkehrsabgabe, ähnlich der Wiener U-Bahnsteuer, könnte der öffentliche Verkehr vorangetrieben werden (*Applaus KPÖ*).

Sozialpolitik, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist die wichtigste Aufgabe eines Gemeinwesens. Menschenwürdiges, leistbares Wohnen ein Kernthema. Der Bedarf an Gemeindewohnungen steigt und wird in krisenhaften Zeiten wichtiger denn je, vielleicht auch für Menschen, die bis vor kurzem für sich persönlich keine Notwendigkeit gesehen haben. Die Grazerinnen und Grazer wissen, dass sie sich dabei auf die KPÖ verlassen können. Durch inhaltsleere Phrasen wie mehr Fantasie bei der Verwaltung der Gemeindewohnungen oder bloßes Verwalten sei zuwenig,

versuchen politische Konkurrenten, die selbst wenig Ahnung von der Faktenlage haben, die Wohnungspolitik der KPÖ madig zu machen. Vielleicht träumen diese Stimmen schon von einer Auslagerung oder Privatisierung. Wir werden dafür niemals zu haben sein (*Applaus KPÖ*). Der KPÖ vorzuwerfen, sie sei dafür verantwortlich, dass es zu wenige Gemeindewohnungen gäbe, beweist die Ahnungslosigkeit, um nicht zu sagen die schlechte Absicht, selbst ernannter Kritiker. Für den Wohnungsbau braucht es bekanntlich Geld und Grundstücke. Kurzsichtige Immobilienverkäufe, fehlende Zukunftsplanung der Liegenschaftsverwaltung und eine Verschuldenspolitik, die unter dem damaligen Finanzstadtrat Mag. Nagl mit Unterstützung anderer Parteien, darum habe ich bei der Rede der SPÖ schmunzeln müssen, mit Unterstützung anderer Parteien zu explodieren begonnen hat, verunmöglichen bedarfsorientierten Wohnbau. Umso mehr Bedeutung kommt unserer Initiative Wohnen auf Kasernengrund zu, die von allen anderen Parteien hier im Gemeinderat auch mitgetragen wurde. Viele Wohnungssuchende finden am freien Markt keine Wohnung, weil sie sich die hohen Einstiegskosten, also Kautions- und Provision, nicht leisten können. Auf Grund der zunehmenden Nachfrage bezüglich Gemeindewohnungen können aber viele Suchende nicht sofort wohnversorgt werden. Hier hat unsere Wohnungsstadträtin Elke Kahr mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein Modell entwickelt, um ein Wohnungsangebot auch im privaten Bereich zur Verfügung stellen zu können. Es wurde ein Kautionsfonds geschaffen, der allen Grazerinnen und Grazern offen steht, die auch nach den Richtlinien für die Vergabe von Gemeindewohnungen die Voraussetzung für die Zuweisung einer solchen haben. Also eine kreative Lösung, die trotz fast leerer Kassen zusätzlichen Wohnraum ermöglicht. Die Sanierungen bedürftiger Wohnungen schreiten zügig voran, bedürftigen Mietern hilft das Mietzuzahlungsmodell. Eine für 1. Oktober 2008 vorgesehene Erhöhung der Kategoriemieten wurde auf Initiative der KPÖ verhindert (*Applaus KPÖ*).

Ebenso treten wir für eine klar festgelegte Mietzinsobergrenze für alle Wohnungen ein, um Mietzinswucher gar nicht erst aufkommen zu lassen. Das ist lebendige, realitätsnahe und wirksame Sozialpolitik, die von manch anderen Parteien bestenfalls vor Jahren Aufmerksamkeit findet. Ja, dass die Gemeindewohnungen gegen jeden Zeitgeist noch nicht verscherbelt wurden, ist der KPÖ mit Elke Kahr an der Spitze zu verdanken. Wer weiß, wie sonst die soziale Zukunft von Graz aussehen würde (*Applaus KPÖ*).

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Gemeinderat hat im Oktober auf Antrag der KPÖ ein Aussetzen der Maastrichtkriterien und des innerösterreichischen Stabilitätspaktes gefordert. Warum? Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise trifft die Gemeinden besonders schwer und greift tief in das Leben der Menschen in unserer Stadt ein. Denken wir nur an die Ungewissheiten im Zusammenhang mit der Autoindustrie und mit Magna Steyr. Hier sind sehr, sehr viele Arbeitsplätze in Gefahr und es drohen Ausfälle bei der Kommunalsteuer in großer Höhe. Soll die Stadt Graz in dieser Situation die Musterschülerin spielen und so tun, als wäre nichts geschehen? Ist es wirklich sinnvoll, weiterhin eine beinharte Politik des Abbaues von Schulden zu betreiben, während anderswo auf allen Ebenen mit den Milliarden nur so herumgeschmissen wird? Kein Mensch rechnet mehr damit, dass in Österreich und den meisten EU-Staaten die Maastricht-Kriterien in den kommenden Monaten auf Punkt und Beistrich eingehalten werden. Trotzdem hat die neue Bundesregierung in ihrer Budgetvorschau festgeschrieben, dass die Länder und Gemeinden einen Überschuss nach den Maastricht-Kriterien bis 2012 von 0,1 auf 0,5 des Bruttosozialproduktes steigern sollen. Das ist mehr als eine gefährliche Drohung. In Wirklichkeit müsste man die Gemeinden jetzt entlasten und kommunale Konjunkturprogramme auflegen, was wir an der Basis machen, ist nämlich schneller wirksam als abgehobene Programme, die vor allem den Banken und den Managern zugute kommen (*Applaus KPÖ*).

In diesem Zusammenhang tritt die KPÖ für ein kommunales Wohnbauprogramm ein, das von Bund und Land finanziert werden soll. Und wir verlangen ein Zinsmoratorium für die kommunalen Kredite so wie eine teilweise Schuldenstreichung für die Gemeinden. Die Banken erhalten jetzt ein 100-Milliarden-Euro-Paket aus Steuergeldern. Ein Teil davon sollte die Lage der Gemeinden, so auch von Graz, erleichtern (*Applaus KPÖ*).

Wir sind nämlich mit einer finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Krise des Systems konfrontiert, die täglich weiter eskaliert. Sie verschärft und verschlimmert die Lebensmittel-, Energie- und Umweltproblematik. Bevölkerungsgruppen werden geschickt gegeneinander ausgespielt. Alt gegen Jung, arbeitende Menschen gegen Arbeitslose, Inländer gegen Ausländer und vieles mehr. Die Krise beeinflusst das Leben aller Menschen in Europa und der Welt ganz unmittelbar. Sie ist vom neoliberalen globalisierten Kapitalismus verursacht, vor allem von verantwortungslosen Politik- und Wirtschaftsmanagern, die dieses abenteuerliche

System weiter vorantreiben, wofür die Bevölkerung den Preis zahlen soll. Dies alles stellt die neoliberalen Grundlagen der EU-Verträge in Frage, besonders das Beharren auf einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb. Den freien unkontrollierten Fluss des Kapitals, die Liberalisierung und Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen. Wir müssen uns von dieser Anhimmelung der EU lösen. Die EU ist auch in der jetzigen Krise kein Teil der Lösung, sondern ein sehr gewichtiger Teil des Problems (*Applaus KPÖ*). Nur ein Beispiel: In den Medien wird jetzt immer wieder vom 200-Milliarden-Euro-Konjunkturprogramm der EU gesprochen. Der Anteil der EU an diesem Programm liegt aber nur bei 15 Milliarden Euro für das Vorziehen von Projekten. Die EU nimmt kein zusätzliches Geld in die Hand, sie überlässt die Hauptarbeit den Mitgliedsstaaten, und diese Mitgliedsstaaten streiten untereinander über die optimale Form der Krisenbewältigung. Man denke nur an das Match Frankreich gegen Deutschland oder den Sonderweg von Großbritannien.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Finanzkrise trifft die Gemeinden hart. Ich erinnere nur an das Beispiel Kommunalkredit AG. Wir von der KPÖ haben bereits am 30. September verlangt, der Öffentlichkeit und den betroffenen Gebietskörperschaften reinen Wein einzuschenken. Angesichts der hohen Verantwortung für den enorm wichtigen Sektor der Finanzierung öffentlicher Aufgaben plädierte die KPÖ schon damals für die Verstaatlichung der Kommunalkredit AG, um auch die politische Verantwortung für diese wichtige Funktion wahrnehmen zu können. Eine zeitlang ist nichts geschehen. Die Bank konnte am 5. Oktober noch eine pompöse Feier veranstalten, dann kamen der Zusammenbruch und die Notverstaatlichung. Ein Konkurs der Kommunalkredit AG hätte auch für die Grazer Stadtfinanzen unabsehbare Folgen gehabt. Die Verursacher dieser Krise und die Schönfärber in Bankvorständen und Politik dürfen deshalb jetzt nicht ungeschoren bleiben. Die steirische KPÖ fordert nach der Verstaatlichung der Kommunalkredit die Wiedereinrichtung staatlicher Fonds, welche den Ländern und Gemeinden zinslose oder zumindest zinsgünstige Darlehen zur Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen im Bereich Wasser, Kanal, Nahverkehr, Umwelt, Wohnbau usw. zur Verfügung stellen (*Applaus KPÖ*).

Zweites Beispiel BUWOG. Das war einmal eine Wohnungsgesellschaft des Bundes für Beamte. Der Bund hatte das Einweisungsrecht, auch in Graz gibt es zahlreiche Wohnanlagen der BUWOG. Im Jahr 2004 hat die blau/schwarze Regierung die

BUWOG an die Immofinanz des Herrn Petricovics verkauft. Die ÖVP sprach von einer guten österreichischen Lösung. Vom damaligen Finanzminister Karl-Heinz Grasser wurde der Deal als professionell und transparent bezeichnet. Jetzt steht die Immofinanz nach dem Machenschaften des Herrn Petricovics vor dem Abgrund. Deshalb soll die BUWOG wieder an die staatliche Bundesimmobiliengesellschaft BIG zurückgekauft werden. Damit würde eine totale Rollenumkehr erfolgen, stand die BIG bislang doch vor allem für den Verkauf von Bundesimmobilien an private Interessenten. Obwohl im Staatseigentum gehört auch die BIG zum Geflecht um die Immofinanz. Aufsichtsratschef der BIG war bis vor kurzem kein geringerer als Karl Petricovics. Die ÖVP hat auch in diesem Haus keinen Finger gegen die Privatisierung der BUWOG und ihre Auslieferung an Freunde des Herrn Grasser gerührt. Wir sagen, hier ist noch einiges aufzuklären. Vor allem aber geht es auch darum, dass die Einweisungsrechte des Bundes wiederhergestellt werden und sich der Bund bei einer politisch sowohl sinnvollen wie auch notwendigen neuerlichen Übernahme der BUWOG-Wohnungen finanziell an den NutznießerInnen der damaligen Privatisierung schadlos hält (*Applaus KPÖ*).

Diese Krise, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist keine Himmelserscheinung, sie wurde vom Kapitalismus gemacht. Das Ganze heißt Weltwirtschaft und ist eine Affenschande, sagt im Film „Kuhle Wampe“ oder „Wem gehört die Welt“ ein Fahrgast in der U-Bahn. Dieser Film des Regisseurs Slatan Dudow und des Autors Bert Brecht wurde 1932 in Berlin kurz nach der ersten großen Weltwirtschaftskrise gedreht. Er endet mit Hans Eislers Solidaritätslied.

Zwischenruf GRin. Binder unverständlich.

GR. Mag. **Fabisch**: Diese ferne Vergangenheit, kurz nach der Weltwirtschaftskrise vor 80 Jahren, ist in diesen Tagen sehr aktuell, das haben nicht alle verstanden. Die KPÖ ist von manchen in diesem Hause in den vergangenen Jahren belächelt worden, als wir grundsätzliche Kritik an unserem Gesellschaftssystem geäußert haben. Früher haben die meisten Politiker geleugnet, dass es so etwas wie den

Kapitalismus überhaupt gibt. Jetzt zitieren manche von ihnen schon Marx. Sie ziehen aber nicht die Konsequenzen. Wer früher mehr Privat, weniger Staat gesagt hat, ist jetzt oft mucksmäuschenstill und einige sagen schon, mehr Staat weniger Privat. In diesem Punkt braucht die KPÖ ihrer Positionen nicht zu ändern. Sie stellen sich als richtig heraus. Wir sind für das öffentliche Eigentum und verteidigen es gegen die Privatisierung (*Applaus KPÖ*).

Zum Schluss sei mir gestattet, auch noch kurz Themen zu nennen, die Schwerpunkte meiner Tätigkeit über das Jahr waren. Seit wenigen Tagen haben wir nun in Graz den von uns lange geforderten Altstadtanwalt, darüber freuen wir uns sehr. Zu viel ist ja bereits an schützenswerter Substanz verloren gegangen. Wir wünschen Herrn Hofrat Rupprecht alles Gute für seine Arbeit. Leider war der Vorlauf seiner Nominierung nicht transparent, zumindest nicht für Stadtsenatsmitglieder, die der schwarz/grünen Koalition nicht angehören. Unsere Forderung bleibt natürlich aufrecht, die Kompetenzen des Altstadtanwaltes ab sofort auf alle Schutzzonen in Graz auszuweiten. Im Schulbereich ist auch auf Grund der Nachmittagseinheiten die Raumnot gestiegen, Investitionen für Neu- und Zubauten wurden getätigt, aber es bleibt noch sehr viel zu tun, wobei auch das rechte Murofer nicht übersehen werden darf (*Applaus KPÖ*). Es hat ja in den letzten Monaten und Jahren schöne Verbesserungen gegeben im Schulbereich, aber die haben fast ausnahmslos am linken Murofer stattgefunden. Ich kann mich erinnern, ich habe hier vor wenigen Jahren einmal ersucht, für die Garderobe der Berta-von-Suttner-Schule Verbesserungen zu erreichen, das war nicht möglich. Vielleicht sollte man auch das ein bisschen überdenken.

Ein großes Feld bleibt auch die Betreuung der Kinder bis zum Alter von drei Jahren. Es darf nicht sein, dass Eltern mit ihrem Nachwuchs aus Platzmangel abgewiesen werden und sie ihr Kind vor Arbeitsbeginn noch kilometerweit bis zur nächsten Betreuungseinrichtung führen müssen. Auch hier wird den konkreten Bedürfnissen der Menschen dieser Stadt nicht ausreichend Gehör geschenkt.

Zum Sport. Die KPÖ stellt sich selbstverständlich klar hinter den Neubau vom Bad Eggenberg. Die Vorgangsweise jedoch, wie man die Grazer Bevölkerung, Bund und Land über die Kostenexplosion informiert hat, spät, aber dafür überfallsartig, war vielleicht nicht ganz optimal.

Abschließend möchte ich den Beschäftigten in den einzelnen Abteilungen, ganz besonders in der Finanzabteilung, für ihre mühevollen Arbeit danken, dieses Budget ausgearbeitet und erstellt zu haben.

Die KPÖ wird aus den angeführten Gründen dem Voranschlag mit Ausnahme der Ansätze, für welche Stadträtin Elke Kahr verantwortlich ist, keine Zustimmung geben.

Weihnachten steht vor der Tür und es bleibt ja die Hoffnung, dass Landeshauptmannstellvertreter Hermann Schützenhöfer ausreichend Bedarfszuweisungen ausschüttet, um das Grazer Budget zu stabilisieren. Danke (*Applaus KPÖ*).

FPÖ

Gemeinderat Armin S I P P E L

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen!

„Pleitestadt Graz“, „Kein Geld: Graz gibt letztes Hab und Gut ab“, „Stadt Graz geht der Schmach aus“, „Die Stadt verkauft ihr letztes Hemd“.

Das sind Schlagzeilen auch unter anderem vom Kollegen Winter und Richter, die bei uns anwesend sind, die uns seit geraumer Zeit hartnäckig verfolgen und die Grazer Stadtpolitik in der öffentlichen Wahrnehmung nicht gerade gut dastehen lassen.

Ist der Ruf einmal ruiniert, dann lebt es sich ganz ungeniert – könnte man aufgrund dieser Budgetvorlage für 2009 ohne weiteres meinen (*Applaus FPÖ*). Aber leider scheint der Ruf aller politischen Vertreter dieser Stadt ruiniert zu sein, denn die Bevölkerung kehrt mit Abscheu der Politik den Rücken zu, was nicht zuletzt auch die katastrophale Wahlbeteiligung bei der Gemeinderatswahl vom Jänner 2008 gezeigt hat.

Wir alle hier herinnen sind nun gefordert, wieder das Vertrauen der Menschen in die Politik zurückzugewinnen - mit diesem Budget 2009 machen Sie uns das jedoch doppelt schwer.

Gerade in diesen wirtschaftlich unsicheren Zeiten, am Rande einer Wirtschafts- und Finanzkrise wo viele Firmen von rückläufigen Aufträgen berichten, deshalb bei den Investitionen logischerweise zurückstecken, die Arbeitslosenzahlen in der Steiermark erstmals seit Februar 2006 wieder im Ansteigen sind und immer mehr Unternehmen panikartig unter den Schutzschirm des Staates flüchten, das sollte vor allem bei den ÖVP-Funktionären die Alarmglocken schrillen lassen, gerade in diesen Zeiten ist eine mutige, visionäre, aber vor allem soziale Budgetpolitik gefordert.

Mir ist bewusst, dass den momentan verantwortlichen Akteuren in Sachen Finanzpolitik nicht grundsätzlich die Verantwortung für die Budgetmisere zugesprochen werden kann, da sich der unglaubliche Schuldenberg von zirka einer Milliarde Euro auf eine verfehlte Budgetgestaltung der letzten Jahre, sogar schon Jahrzehnte zurückführen lässt.

Erlauben Sie mir also, dass ich daher kurz in die jüngere Vergangenheit abschweife, um die Missstände der Gegenwart erklären zu können, denn mehr als eine Milliarde Euro Schulden entstehen nicht über Nacht, sie sind vielmehr eine Folgeerscheinung jahrelanger Sorglosigkeit und auch konsequenter Misswirtschaft. Zur Veranschaulichung zitiere ich den Rechnungshof, der bereits am 20. November 2003 folgendes zum Besten gab:

„Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Hinweise des Stadtrechnungshofes auf die Besorgnis erregende Entwicklung der Gebarung der Stadt Graz und das Haushaltsjahr 2000 zu keiner wesentlichen Veränderung in der Budgetpolitik geführt haben. So wurden weder budgetäre Maßnahmen umgesetzt, noch die erforderliche Produktkritik in Angriff genommen. Dementsprechend zeigen auch die Kennzahlen des Rechnungsabschlusses 2002 weiterhin negative Tendenzen.

Aktuell ist in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass sich im Haushaltsjahr 2003 ergebende Finanzlücken nur durch Verwendung der Rücklagen aus dem im Jahr 2002 erfolgten Verkauf an dem Anteil der Grazer Stadtwerke im Ausmaß von 49 % als Darlehen bedeckt werden konnte.“

Zum Zeitpunkt dieser Mitteilung betrug der Schuldenstand unserer Stadt 517,05 Millionen Euro.

Von 1999 bis zum Jahr 2003 sind die Schulden der Stadt Graz um 69 % gewachsen, um sich dann in weiteren fünf Jahren zu verdoppeln. Das Ganze geschah in einem Zeitraum von neun Jahren. Man könnte fast jovial sagen, derartige, explosionsartige Steigerungen finden sich nicht einmal in den Sonderverträgen ÖVP-naher Günstlinge in diversen stadtnahen Betrieben wieder.

Ich darf Ihnen also nun, wenn es darum geht, die Frage nach der Verantwortung zu beantworten, unterstützend Folgendes ins Gedächtnis rufen:

In diesem Zeitraum war zuerst als Finanzreferent und später als Bürgermeister Herr Mag. Siegfried Nagl und mit ihm die ÖVP am Werk. Alleine das koalitionäre Beiwerk hat sich ein wenig verändert. Ob die Hintergrundgeräusche nun roten oder, wie zurzeit, grünen Ursprungs sind, ändert wenig an der Tatsache, dass die Hauptverantwortung für das finanzielle Desaster bei der ÖVP liegt (*Applaus FPÖ*).

Finanzielle Flops der Vergangenheit, sogenannte pseudoprestigeträchtige Großmannsträume, ich glaube, ich brauche hier nicht explizit erwähnen, was ich hier meine, und zwar der Volkspartei, haben einen nicht unwesentlichen Anteil an der aktuellen prekären Situation.

Der sehr verehrter Herr Bürgermeister verweist auch immer gerne auf die Tatsache, dass er selbst aus der Privatwirtschaft den Weg in die Politik gefunden hat. Hierzu möchte ich nur Folgendes anmerken:

Würde er in der Privatwirtschaft eine ähnlich katastrophale Bilanz aufzuweisen, dann wäre der Gang in die Politik weniger freiwillig als vielmehr der letzte Ausweg gewesen (*Applaus FPÖ*).

Der Haushaltsplan für 2009 betrifft alle Menschen in dieser Stadt, viele davon werden dieses Budget auch unangenehm in Form von Belastungen zu spüren bekommen. Das Paket unter dem Christbaum der Grazer wird in diesem Jahr ein Belastungspaket sein.

Aus diesem Grund hätte ich mir im Sinne einer umfassenden Budgetgestaltung ein breiteres Einbinden auch der übrigen Fraktionen hier in diesem Haus erwartet.

Wie wäre es in Zukunft auch mit einer Beiziehung der Klubobleute, beispielsweise im Sinne einer Aufgabenkritik? Auf jeden Fall sollte das Budgetkonzept rechtzeitig auf den Tisch, um gemeinsam alle Für und Wider abwägen zu können (*Applaus FPÖ*).

Aber: Es gab weder Budgetverhandlungen, die Ihrer Argumentation nach aufgrund der in der Höhe von 2008 eingefrorenen Eckwerte entbehrlich waren, weder irgendeine Budgetvorinformation in irgendeinem außerkoalitionären Bereich.

Meine Damen und Herren, das ist ein miserabler Stil.

Sie gehen aber nicht nur mit der „Opposition“, unter Anführungszeichen, dermaßen schändlich um, sondern anscheinend auch mit den Bürgern, Vereinen und Organisationen in dieser Stadt. Im Falle der jetzt im letzten Abdruck wieder eingeführten 15-Prozent-Sperre gab es keine Gespräche im Vorfeld, wir alle, und vor allem die Betroffenen in den Vereinen, mussten das aus der Zeitung erfahren. 15 Sozial- und Frauenvereine haben sich deshalb in ihrer Empörung in einem offenen Brief an Sie gewandt und deutlich zum Ausdruck gebracht, dass diese Vorgehensweise, nämlich 15-Prozent der Subventionen einzubehalten, unverantwortlich ist. Zumindest hier gibt es von Schwarz/Grün Einsicht und eine Aufhebung dieser Sperre für diese Vereine.

Zwischenruf GR. Herper: Das war vor allem die grüne Fraktion.

GR. **Sippel:** Ja, herzlichen Dank. Anscheinend sind Sie doch nicht gänzlich beratungsresistent, was ja gut ist. Diese ersten Anzeichen der Reue lassen darauf schließen, dass Sie sich mit diesem Budget selbst nicht sonderlich wohl fühlen. Hoffentlich führen diese Gewissensbisse in Hinkunft auch dazu, einen anderen Umgang mit den politischen Mitbewerbern in Budgetangelegenheiten zu pflegen.

Was wir seit Jahren immer wieder erleben, ist ein permanentes Wehklagen über den enormen Schuldenstand der Stadt. Anstatt hier mutig und mit Vision heranzugehen, um mittelfristig eine ehrliche Konsolidierung Zustände zu bringen, verfällt man von Ihrer Seite immer in den Reflex, wenn es finanziell eng wird, automatisch den Bürger zur Melkkuh zu machen und sämtliche Gebühren zu erhöhen. Damit soll einerseits Ihre jahrelange Misswirtschaft kaschiert werden und andererseits die immer wieder auftauchenden Budgetlöcher gestopft werden.

Diesmal werden die Bürger durch die Erhöhung der Müll-, der Kanal- und der Marktgebühren um durchschnittlich, wir haben es schon öfter gehört heute, sechs Prozent zur Kasse gebeten. Das ergibt eine tatsächliche Belastung für die Grazer,

unter dem Deckmantel der Indexierung wohlgermerkt, von zusätzlichen drei Millionen Euro, die logischer Weise auf der anderen Seite wieder eine Verminderung der Kaufkraft darstellen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang Folgendes sagen: Die Müllgebührenerhöhung ist wohl die primitivste und dreisteste Art, den Menschen das Geld aus der Tasche zu ziehen. Wie Sie wissen, sind die Werterträge der Rohstoffe bei einer Anlieferung an die Verwertungsindustrie in den letzten Jahren um ein Vielfaches gestiegen, würde man sich diese seitens der Stadt auch entsprechend abnehmen lassen, könnte man die Gebühren für die Bürger, die darüber hinaus vorbildlich den Müll trennen, sogar senken. Aber Graz rührt sich hier nicht. Die Bürger zahlen mehr und andere verdienen sich eine goldene Nase.

Was mir weiter sauer aufstößt, ist die Tatsache, dass Sie anscheinend die Verwaltung zu Tode reorganisieren wollen. Schon heute können die einzelnen Abteilungen nur mehr sehr schwer ihren gesetzlichen Aufgaben nachkommen. Wie Sie alle wissen, wächst die Stadt Graz, und die Aufgaben diesbezüglich werden nicht weniger. Ihre geplante Personalreduktion von 3,6 Prozent ist ein Anschlag auf die Verwaltung. Hier kann man genau eines einsparen, nämlich die Reformkommission, die seit mehreren Jahren am Werk ist und mit destruktiven Abbauplänen aufwartet, wovon die angepeilte Personalreduktion für 2009 erst der Anfang sein dürfte (*Applaus FPÖ*).

Aber Sie greifen wieder einmal noch tiefer in die Budget-Trickkiste: Hochverschuldet wird nun auch die letzte Habe an die stadteigene GBG ausgelagert. Herzliche Gratulation an unseren Finanzstadtrat Rüschi, das ist wirklich eine sehr innovative Vorgehensweise, man könnte fast meinen Finanzstadtrat Rüschi als Magier, der uns einen Teil der Schulden einfach wegzaubert, das spielt es leider wieder nicht, auch wenn es gut aussehen würde. Dazu sei gesagt: Auch David Copperfield hat uns mit der Durchquerung der Chinesischen Mauer etwas beeindruckend Illusionistisches vorgemacht, nur im Gegensatz zu unserem Magier Rüschi hat ihm dieser Trick Millionen eingebracht (*Applaus FPÖ*).

Wie groß die „Notdurft“ tatsächlich zu sein scheint, zeigt sich daran, dass neben dem Bad zur Sonne, dem Orpheum, dem Hilmteichschlössl und diverser Spielplätze auch das Volksgarten-Häuserl veräußert werden soll. Meine Damen und Herren, hier handelt es nicht um zukunftsorientierte Lösungsansätze, sondern um fadenscheinige Budget-Kosmetik.

Zwischenruf GR. Grosz: Notdurft, Stoßrichtungen, na da geht es zu.

GR. **Sippel:** Das war beabsichtigt, die Notdurft, na selbstverständlich, weil sie das Volksgartenhäuserl auch noch...ich hoffe, ich bekomme keinen Ordnungsruf dafür, aber es ist ja die Wahrheit. Es ist eine fadenscheinige Budget-Kosmetik. Die Folge ist ein wahrer Teufelskreis, denn die GBG muss, um die städtischen Immobilien kaufen zu können, Schulden machen, für die erst wieder die Stadt haftet und im Ernstfall der Steuerzahler aufkommen muss. Die Frage ist wann wird dieser Teufelskreis für eine verantwortungsvolle Budgetpolitik endlich durchbrochen?

Dass es sich hierbei um keine einfache Lösung handelt, ist jedem bewusst, jedoch liegt sie wie so oft im Detail fragwürdiger Investitionen oder Ausgaben, die unbedingt, und in diesen schwierigen Zeiten noch viel mehr, einer kritischen Betrachtung bedürfen.

Unter dem Motto: „Kleinvieh macht auch Mist“, sehe ich mich veranlasst, Ihnen zu veranschaulichen, dass es sehr wohl Bereiche gibt, die nicht unbedingt als sakrosankt angesehen werden sollten. Ein Bereich ist hier mit Sicherheit der von Ihnen als „heilige Kuh“ behandelte Querschnittsbereich der Integration.

Bei der Integrationsarbeit heißt es, darf es keine Einsparungen geben. Jedoch wird hier, gestützt auf das Integrationsprogramm, das wir Freiheitlichen auch in der letzten Gemeinderatssitzung abgelehnt haben, sehr fragwürdig und kostenintensiv vor allem agiert: ein Welcome-Paket, ein Welcome-Haus, die interkulturelle Öffnung der Verwaltung mit all ihren Begleitmaßnahmen ist ebenso angedacht wie Sportangebote für muslimische Frauen, die Ausstattung der städtischen Bibliotheken mit Literatur in

der Muttersprache der Migranten usw. Bei genauerer Durchsicht findet man neben über einer halben Million Euro Integrationsbudget noch viele andere Subventionsstellen in anderen Ressorts. So gehen allein 200.000 Euro in den Schul- und Bildungsbereich rein zum Zwecke der Integration, fast doppelt so viel wie im Voranschlag für 2008.

Ich bleibe dabei: Integration muss vermehrt als bisher auch als Bringschuld der Zuwanderer angesehen werden. Wir haben einen genauen Forderungskatalog aufzustellen, die Bereitschaft zur Umsetzung muss dabei eingefordert werden können, denn die Allgemeinheit darf nicht über ein erforderliches Mindestmaß durch Integrationsmaßnahmen belastet werden (*Applaus FPÖ*).

An dieser Stelle ließen sich noch viele zu hinterfragende Finanzpositionen anführen, die bei genauerer Durchsicht des Voranschlages 2009 ins Auge stechen, ich möchte mich aber hier nicht zu sehr im Detail verlieren, sondern mehr die allgemeine Stoßrichtung betrachten.

Auch die Kommunen und deren politische Verantwortungsträger müssen in Zeiten der Finanzkrise Impulse und Maßnahmen setzen, um die Wirtschaft auch im Kleinen zu beleben. Tatsächliche wirtschaftsfreundliche Maßnahmen, die auch von vielen Wirtschaftstreibenden in dieser Stadt immer wieder gefordert werden, wie zum Beispiel der gebührenfreie Samstag, werden vor allem seitens der ÖVP kategorisch abgelehnt. Es wäre aber noch viel mehr notwendig: Wir Freiheitliche könnten uns nämlich Gebührenfreiheit bereits schon ab Freitagmittag vorstellen.

Was aber machen Sie? Das Gegenteil, Sie kurbeln nichts an. Sie reduzieren Parkplätze, erhöhen Ticket-Preise und halten stur an den Umweltzonen fest, obwohl Studien aus deutschen Städten beweisen, dass der tatsächliche Effekt bestenfalls als Makulatur bezeichnet werden kann (*Applaus FPÖ*). Und was noch schlimmer wiegt, Sie entscheiden hier gegen eine große Mehrheit der Grazer, die eine Umweltzone ablehnen.

Wirtschaftswachstum hängt eng mit dem Vertrauen der privaten Haushalte in die Zukunft zusammen – eine Stadtgemeinde wie Graz hat hier die Verpflichtung, dieses Vertrauen durch verantwortungsvolle Budgetpolitik zu stärken. Meine Damen und

Herrn, nur durch ein gezieltes Antreiben der Grazer Wirtschaft können Wirtschaftsimpulse auch im Kleinen erzielt werden.

Verblüffend, Herr Finanzstadtrat, ist auch Ihre Forderung von vor drei Tagen, dass Graz jetzt eine Sondermilliarde vom Bund brauche. Sie fordern sie im Gegensatz zum Rechnungshofdirektor Riegler dezentweise für Investitionen in Großprojekte und in die Wirtschaft und nicht für die Schuldentilgung, die ja ansonsten nicht leistbar wären, Investitionen grundsätzlich ja, sehr löblich.

Aber jetzt wird unser Möchtegern-Magier Rüschi auch noch zum Träumer. Ich muss zugeben, hier handelt es sich durchaus um einen amüsanten Traum: Ich stelle mir da so vor, der Neo-Finanzminister Pröll schwebt auf einer Wolke in Graz ein und schüttet sein goldenes Füllhorn mit einer Milliarde Euro über Graz aus und im Anschluss können Schwarz und Grün aus dem Vollen schöpfen und zum Wohle aller Grazer investieren. Herr Rüschi, wachen Sie auf, wecken Sie nicht falsche Hoffnungen und begegnen Sie der momentanen Finanzmisere mit mehr Ernst (*Applaus FPÖ*). Vernünftige Investitionen beziehungsweise eine Ankurbelung der Wirtschaft sind auch in realistischer Art möglich, wie ich Ihnen bereits vorher erörtert habe.

Es bleibt die traurige Feststellung: Von einer Budgetsanierung sind wir meilenweit entfernt. Wir bewegen uns zielgerecht auf den Abgrund zu, jetzt kann uns nur mehr eine Umkehr mit vereinten Kräften unser schönes Graz vor dem Bankrott retten.

Ein möglicher Ausweg aus der Misere wäre ein alter FPÖ-Vorschlag, der in der Vergangenheit auch von meinem Kollegen Herrn Gemeinderat Mag. Korschelt eingefordert wurde. Ich spreche hier in diesem Zusammenhang vom „Zero Base Budgeting“. Es räumt mit alten Vorurteilen auf und eröffnet die Möglichkeit, jedes Jahr bei Null zu beginnen. Jedes Projekt, jedes Programm muss neu evaluiert werden und es kann entschieden werden, ob es in das Budget aufgenommen werden soll. Derzeit verhält es sich so, dass alte Programme aus dem Vorjahresbudget einfach fortgeschrieben werden und so wird hinsichtlich der Notwendigkeit wohl so manche Budgetleiche mitgeschleppt. Um das Stadtbudget aber sinnvoll zu entlasten, wäre zumindest der Versuch, neue Wege zu gehen, angebracht.

Eine weitere Alternative zur bisherigen Methode der Budgeterstellung könnte der sogenannte Bürgerhaushalt oder partizipative Haushalt sein. Eine mutige, innovative und weiterführende Möglichkeit, das Budget zu erstellen. Hierbei handelt es sich um eine direkte Form kommunaler Bürgerbeteiligung, der Sie ja grundsätzlich auch im schwarz-grünen Koalitionsvertrag eine hohe Priorität zuerkennen. Die Bürger können dabei über einen Teil der Budgetgestaltung direkt mitbestimmen. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es mittlerweile mehrere Kommunen, die ihre Bürger am Haushalt äußerst erfolgreich beteiligen, unter anderem Köln und Berlin.

Ziel dabei ist es, die Bürger in einer Form, die nicht nur von Experten verstanden werden kann, und machen wir uns nichts vor, das Budget zu lesen, ist eine echte Herausforderung und kann einem Laien fast nicht zugemutet werden. Ziel ist es, über den Haushalt zu informieren und den Bürgern die Möglichkeit zu geben, zu allen diesbezüglichen Fragen auch ihre Meinung zu sagen sowie Vorschläge und Anregungen zu machen. Nach der Beschlussfassung ist die Stadt verpflichtet, ihren Bürgern Rechenschaft darüber abzugeben, was aus ihren Anregungen geworden ist beziehungsweise wie und warum so entschieden wurde. Mit dieser Maßnahme könnte man den Bürgern das Gefühl nehmen, dass über ihre Köpfe hinweg entschieden wurde.

Mit diesen Vorschlägen möchte ich Ihnen veranschaulichen, dass es sehr wohl andere Möglichkeiten einer Herangehensweise ans Budget gibt. Selbstverständlich müssen vorher sehr genau alle Für und Wider abgewogen werden. Und auch wenn nur marginale Änderungen vorgenommen werden, die eventuell auch aus diesem Ideen-Pool stammen, so ist das allemal besser als die bisherige Budgetgestaltung, die sukzessive den Karren an die Wand fährt.

Zeigen sie endlich auch ein Mehr an Kreativität, wenn es darum geht, die wenigen verbliebenen „Goldminen“ aufzusuchen und abzuschöpfen. Es darf nicht sein, dass Graz weiterhin weniger aus dem Steuertopf pro Einwohner bekommt, wir haben es vorhin auch gehört, weniger bekommt als andere Städte. Wo bleibt, und das frage ich mich in diesem Zusammenhang immer wieder, wo bleibt Ihr Verhandlungsgeschick? Haben Sie Angst vor Ihren eigenen Parteikollegen im Bund? Diese Schieflage, meine Damen und Herren, ist seit Jahren bekannt – bis jetzt haben Sie es nicht geschafft, sie zu korrigieren.

An dieser Stelle möchte ich Ihnen, Herr Bürgermeister und Herr Finanzstadtrat Rüschi, namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs für die kommenden Finanzverhandlungen mit Ihren Kollegen im Bund einen kleinen Geschenkkorb überreichen, ich werde Ihnen ihn im Anschluss geben, der dazu dienen soll, die Ernsthaftigkeit der diesbezüglichen Grazer Anliegen zu untermauern. Wie heißt es so schön: Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft und verbessern in diesem Fall vielleicht Ihre Verhandlungsbasis. Und wohlgemerkt, der Wert dieser Spezialitäten übersteigt nicht die 100-Euro-Grenze, also fällt die Zuwendung auch nicht unter die im StGB festgelegte verbotene Geschenkkannahme. Das möchte ich deshalb erwähnen, da, wie es aussieht, sich die Stadt Graz demnächst dem Verhaltenskodex des Bundes zur Korruptionsprävention im öffentlichen Dienst anschließt.

Kontinuierlich steigen die Steuereinnahmen des Bundes, die Ertragsanteile der Stadt Graz an den gemeinsamen Bundesabgaben hinken bei dieser Steigerung immer noch hinterher, obwohl das Aufgabenfeld der Gemeinden in den letzten Jahren stark erweitert wurde, wie man leicht an den städtischen Sozialausgaben für Sozialhilfe, Jugendwohlfahrt, Behindertenhilfe etc. festmachen kann.

Mehr Entschlossenheit braucht es auch dabei, endlich die in der Stadt-/Landvereinbarung akkordierte Steigerung bei den Ausgleichszahlungen, rückwirkend bis 2004, einzufordern. Wir haben da, soweit ich mich erinnern kann, im Mai auch einen Antrag diesbezüglich einheitlich beschlossen.

Nicht zuletzt braucht es auch mehr Durchsetzungswillen hinsichtlich einer Bindung der vielen Einwohner, die nicht mit Hauptwohnsitz in Graz gemeldet sind, dennoch bei uns zweifelsfrei ihren Lebensmittelpunkt haben. Stichwort: Zweitwohnsitzabgabe, vorher schon vom Kollegen Wohlfahrt angesprochen. Diese muss zwar erst vom Land beschlossen werden, mit dem nötigen Druck seitens der Stadt könnte das jedoch sehr bald über die Bühne gehen.

Insgesamt leben 40.000 Menschen in Graz, die nur mit Nebenwohnsitz gemeldet sind. Bei 900 bis 1000 Euro pro Einwohner an Mehreinnahmen aus dem Finanzausgleichstopf könnte die Stadt, würden sich davon nur 10.000 melden, weitere neun bis zehn Millionen einnehmen. Begleitende Maßnahmen, die eine Ummeldung vor allem für die vielen Studenten wirklich attraktiv machen würden, gibt es zur Genüge. Leider hat hier bis jetzt jeder andere Bürgermeister in den Gemeinden in der Steiermark und auch außerhalb davon bisher mit viel mehr

Geschick und Kreativität vorgezeigt, wie das funktioniert, als das unsere verantwortlichen Stadtregierer gemacht haben.

Nicht zuletzt brächte auch der immer wieder viel diskutierte Zusammenschluss mit einigen Umlandgemeinden eine erhebliche Summe an Mehreinnahmen, wovon, wie mehrere diesbezügliche Studien beweisen, alle profitieren würden. Machen wir uns nichts vor, in den letzten Jahren ist Graz mit seinem direkten Umland zusammengewachsen. Es gibt vielerorts keine objektiv wahrnehmbaren Stadtgrenzen mehr.

Ein visionärer, ehrlicher und mutiger, langfristiger Umgang in dieser Frage, mit einem Konzept, an dessen Ende eine Lösung steht, die diesem Ballungsraum von 400.000 Menschen gerecht wird, das ist dringend erforderlich.

Meine Damen und Herren, wir Freiheitliche können dieser Budgetvorlage für 2009, bei der es an Innovationen bezüglich der Sparmaßnahmen ebenso mangelt wie an vorausschauender Verantwortung und an sozialem Gewissen, beim besten Willen nicht unsere Zustimmung geben.

Herzlichen Dank (*Applaus FPÖ*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 12.00 Uhr den Vorsitz.

B Z Ö

Gemeinderat Gerald G r o s z

Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Eingangs darf ich auch den Herrn Stadtrat Riedler bei uns begrüßen. Gestern noch auf der Showbühne am Broadway, heute schon auf der Showbühne in Graz, herzlich willkommen.

Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Es ist, glaube ich, sehr selten und in Österreich einzigartig, dass der Umsatz eines Betriebes, und die Stadt Graz ist ein Betrieb, niedriger ist als der Schuldenstand. Es ist selten und auch selten in Bereichen von fahrlässigen Konkursen, vom Niedergang von Unternehmen, dass es bereits so weit ist, dass das Gesamtbudgetausmaß, die Zahl des Haushaltes, eine geringere Zahl einnimmt als der Schuldenstand. Man braucht gar nicht Wirtschaft studiert haben, sondern die einfache Milchmädchenrechnung genügt, dass eigentlich jeder Betrieb darauf Bedacht nehmen sollte, dass zumindest Gewinn und Verlust sich in der Waage halten. Aber dass sich der Gesamtumsatz vom Schuldenstand bereits so weit weg entfernt hat, ist einzigartig. Und wenn Stadtrat Rüschi bei seiner Budgetrede, bei seiner plastischen Darstellung, sich die Devise gesetzt hat, Sparen in der Politik und Verwaltung, Investitionen für die Grazer Bevölkerung, dann mag das zwar am 12. Dezember ein frommer Weihnachtswunsch sein, in der vorweihnachtlichen Zeit, aber wir alle wissen, dass diese Devise das Stadium einer Überschrift niemals verlassen hat. Und über was diskutieren wir denn heute? Wir diskutieren heute den Haushaltsvorschlag 2009, aber wir diskutieren über kein Budget, wir diskutieren de facto über kein transparentes Zahlenwerk, nein, wir diskutieren über den Zusammenbruch eines Pyramidenspiels. Wir diskutieren über die politische Methode von Hütchenspielern, Schulden an Betriebe auszulagern und sie damit zu negieren, anstatt der Realität ins Auge zu sehen und festzustellen, jawohl diese Stadt ist in verantwortungsloser Art und Weise in den Konkurs getrieben worden. Und ich erinnere daran, weil wir in der Steiermark bereits eine gute alte Tradition haben mit solchen Gemeinden, wo man dem Bürgermeister keinen Orden, sondern Handschellen verliehen hat, ich erinnere an die Tradition der Gemeinde Trieben und auch die Tradition der Gemeinde Hartberg, und wenn man sich die

Abgänge von Trieben und Hartberg in Relation mit den Abgängen und dem Schuldenstand der Stadt Graz ausrechnet, in Relation mit dem Budget, dann waren Trieben und Hartberg Mustergemeinden, tatsächliche Mustergemeinden, sparsam und effizient und transparent in der Haushaltsführung. Und das ist eigentlich für die zweitgrößte Stadt Österreichs, ein intransparentes Budget vorzulegen, eine Schande.

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Wer von Ihnen hat denn tatsächlich das Budget durchgelesen? Wer von Ihnen, auch die, die heute hier gesprochen haben, hat denn tatsächlich einen umfassenden Überblick über die Abgänge, einen umfassenden Überblick über die Fallstricke, die dieses Budget uns bietet, einen umfassenden Überblick über die Schuldenstände der ausgelagerten Betriebe, niemand von uns hat es. Der Schuldenstand galoppiert, die Ausgaben der Stadt galoppieren und wir alle sind nicht in der Lage, insbesondere nicht jene, die dafür Verantwortung tragen, der Bürgermeister, seine Stellvertreterin und auch der Finanzreferent, diesen Schulden jemals wieder Herr zu werden. Die Vorschläge von Schwarz/Grün sind bestenfalls für das Budget homöopathisches Handauflegen, aber für die Bürgerinnen und Bürger eine Katastrophe. In einer Zeit, wo wir täglich darüber lesen, dass wir in der Steiermark, in Österreich, in Graz von einer Weltwirtschaftskrise getroffen werden, in einer Zeit, wo wir in der Steiermark lesen müssen, Thyssen, Magna, Betriebe krachen und pleite gehen, in einer Zeit, wo wir leider eine Abwanderung von Klein- und Mittelbetrieben auch in Graz zu verzeichnen haben, in einer Zeit, wo die Arbeitslosigkeit steigt, schon gestiegen ist und alle Prognosen, auch des IHS, des Herrn Felderer, der vom Kollegen Haßler zitiert worden ist, auch die Jugendarbeitslosigkeit steigt, in dieser Zeit agiert diese Stadtregierung atypisch im schlechtesten Sinn. Anstatt Betriebe zu entlasten, anstatt in einer solchen Zeit atypisch im positivsten Sinn zu agieren, indem wir alles dran setzen, dass wir Betriebe hier halten, dass wir Klein- und Mittelbetriebe unterstützen, geht diese Stadtregierung her und erhöht Müll-, Kanal- und Marktgebühren. Abgaben, Gebührenerhöhung in einer Zeit, wo weder Betriebe, wo Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt den Gürtel, den berühmt-berüchtigten Gürtel immer enger schnallen müssen. Und selbst wenn Sie daran erkennen, dass das bereits verwerflich ist, in einer Zeit der Rezession, der Wirtschaftskrise, der Abwanderung, der Arbeitslosigkeit Gebühren zu erhöhen, nein, es gibt einen objektiveren Urteiler in

dieser Angelegenheit. Es gibt den Bundesrechnungshof mit seinem Bericht aus dem Jahr 2005/2006, der offensichtlich nicht allen mehr in Erinnerung ist, und der Bundesrechnungshof feststellt, dass die Gebühren der Stadt Graz und die Abgaben der Stadt Graz bereits in den Jahren 2005 und 2006 in unverantwortlicher Art und Weise doppelt und dreifach bedeckt wurden. Wir haben bereits den Höchstgebührenstand in der Stadt Graz und die Antwort von Schwarz/Grün, um ihr Hütchenspiel und ihr Pyramidenspiel weiter fortzusetzen, ist einmal mehr, die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Graz zu belasten. Und das ist schändlich. Nicht die Initiativen, die darin enthalten sind, nicht Sozialinitiativen, die Gott sei Dank mehr oder weniger grosso modo geschont wurden, es ist auch nicht verwerflich, wenn Gemeinderat Hohensinner hier herausgeht und Behindertenprojekte lobt, die im Übrigen die Stadt Graz mit keinem einzigen Cent finanziert hat, nämlich das Behindertenprojekt betreutes wohnen, um behinderte Menschen auf den ersten und zweiten Arbeitsmarkt zu bringen, wurde ausschließlich aus Mitteln der Behindertenmilliarde des Bundessozialamtes und des Europäischen Sozialfonds finanziert und aus keinem einzigen Cent aus der Stadt Graz. Ich frage mich schön langsam, mit welchen fremden Federn sich der Herr Hohensinner an seinem Körper schmückt. Bundesmittel herzunehmen und bei einer Budgetrede die hohen Leistungen der Stadt Graz zu rühmen, da hätte er sich vielleicht ein/zwei Stunden bei seiner Verlesung halt länger hingesezt und es wären ihm vielleicht andere günstige Projekte eingefallen, aber nicht unbedingt ein Projekt, wo Gott sei Dank die Stadt Graz nicht ihre Finger im Spiel gehabt hat. Deswegen hat es auch so gut funktioniert wie die Behindertenmilliarde seit dem Jahr 2003.

Aber über was reden wir, wir reden über Abgabenerhöhungen zu einem Zeitpunkt, wo Abgabenerhöhungen uns der oberste Kontrollor des Bundes sie es uns schon längst verbietet. Und dennoch geht diese Stadtregierung, nicht die Verwaltung, nicht die einzelnen Beamtinnen und Beamten der Stadt, die Großartiges leisten, nein, diese Stadtregierung, her, und erhöht in einer Situation, wo man es sicherlich nicht machen darf, einmal mehr die Gebühren und die Abgaben und erschwert somit den Menschen in der Stadt das Leben. Den Unternehmen in der Stadt das Wirtschaften, das ist nicht der richtige Weg und dieser Vorschlag, den sie hier bringen, wird nichts anderes bewegen als weitere Betriebsabsiedelungen, damit einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit und falls Sie es noch nicht verstanden haben, das ist ein kommunizierendes Gefäß mit ihrem Stadtbudget, nämlich die Sozialausgaben

werden steigen. Wenn Sie Menschen in die Armut treiben, indem Sie keine Investitionen in deren soziale Sicherung legen, dürfen Sie sich nicht wundern, wenn Sie tief in die Tasche greifen müssen, um die Sozialausgaben in die Höhe zu treiben, das ist ein kommunizierendes Gefäß, dieses Budget ist ein kommunizierendes Gefäß, aber offensichtlich dürften Sie dieses kleine Einmaleins von Sozial-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik nach Jahren in der Politik noch immer nicht verstanden haben, sehr geehrte Damen und Herren der Stadtregierung (*Applaus BZÖ*).

Und eigentlich, wenn man sich den Budgetpfad, wenn man sich dieses finanzpolitische Machwerk doch ansieht, dann bleibt doch eigentlich nur ein einziger Ausweg, Anrufung der Aufsichtsbehörde des Landes, Regierungskommissar statt Stadtregierung, lückenlose Aufklärung des Finanzdebakels, das wir jetzt erleben und mit dem heutigen Beschluss diesen Jammer, diese Not, dieses Elend noch um ein einziges Jahr erweitern, Aufsichtsbehörde einsetzen, lückenlose Überprüfung durch die Aufsichtsbehörde, Kassasturz durch den Bundesrechnungshof, der Sie nicht nur überprüfen soll in geeigneter Art und Weise, nein, der Ihnen auch eine Beratung geben sollen, wie Sie es in Zukunft machen, denn das, was Sie uns heute vorschlagen, zeugt nicht von Einsicht und noch schlimmer, es zeugt nicht von Wissen, es zeugt von Puscherei in einem Bereich, wo Puscherei keinen Platz hat, nämlich im Budget in der öffentlichen Verwaltung der Gelder unserer Stadt. Und wenn ich heute höre, wer denn nicht alles schuld ist an dem Finanzdebakel, Landeshauptmannstellvertreter Flecker habe ich gehört, Finanzreferent des Landes, es ist jeder schuld, es ist auch die Mondkonstellation, der Vollmond und der abnehmende Mond schuld, dass in einer Stunde sich der Schuldenstand der Stadt Graz um 4.360,- Euro, und das zwar stündlich, erhöht, es ist jeder schuld, nur nicht man selbst. Und diese mangelnde Schuldeinsicht zeigt mir ja, ich nehme ja nicht an, dass Sie das mit Vorsatz machen, sondern ich nehme an, dass Sie es einfach nicht besser wissen, dass Sie diese Stadt mit dieser Budgetpolitik, die Sie vorschlagen, nicht aus der Krise führen werden.

Und ich greife einen Vorschlag Ihres nunmehrigen Nationalratsabgeordneten Bernd Schönegger auf, der im Wahlkampf, jetzt sitzt er in der letzten Reihe des Parlaments und hat noch keine einzige Wortmeldung gemacht, das nur zu dem Thema, inwieweit einzelne Mandatare einer Doppelbelastung standhalten und nicht außer das berühmtberühmte „Ich gelobe“, in neun Sitzungen des Nationalrates keine

Wortmeldung, keine Bereichssprecherfunktion in der letzten Reihe zeigt schon, wie die ÖVP offensichtlich auch im Bund die Stadt Graz ernst nimmt. Aber ich greife eine Idee auf des Herrn Nationalrat Schönegger, die er im Wahlkampf zur Nationalratswahl gesagt hat: „Jawohl, die Stadt Graz braucht in dieser Situation zusätzliche Mittel im Rahmen des Finanzausgleiches, jawohl, wir schaffen es nicht mehr selbst.“ Jetzt frage ich, bevor ich einen Vorschlag einbringe, warum Sie es nicht schafft. Es wird der Vergleich mit Innsbruck gebracht, der Finanzausgleich, verhandelt zwischen einem Finanzminister der Österreichischen Volkspartei, Wilhelm Molterer und jetzt Josef Pröll, der Finanzausgleich verhandelt zwischen einem Landesrat Buchmann, vormals Stadtsenatsreferent der Stadt Graz Zugehörigkeit Österreichische Volkspartei, der Finanzausgleich mitverhandelt mit einem ÖVP-Bürgermeister, hier vorn sitzend, Nagl, und einem Finanzstadtrat Rüscher und wenn Sie noch Neidkomplexe mit Innsbruck pflegen wollen, möchte ich Sie daran erinnern, dass Tirol von einem ÖVP-Landeshauptmann regiert wird und auch die Stadt Innsbruck von einer Bürgermeisterin der Österreichischen Volkspartei. Müssen Sie nicht das Dilemma Ihrer schlechten Verhandlungen wie eine heiße Kartoffel auf Ihren eigenen Bereich der Österreichischen Volkspartei auf, sondern nehmen Sie den Telefonhörer her und rufen Sie halt Ihren Herrn Pröll an und sagen, gut, wir sind pleite, wir können nicht mehr, sei doch ein wenig nett zu Graz, zur zweitgrößten Stadt, und gib uns halt ein wenig mehr im Rahmen des Finanzausgleiches. Denn die Bundesregierung wird es von sich selbst nicht machen, denn die Bundesregierung hat ein Regierungsprogramm vorgeschlagen in der Seitenanzahl von 256 Seiten, wo 17 konkrete Projekte die Stadt Wien betreffend fixiert sind mit dem Budgetpfad, mit der genauen Summe, und ich schlage Ihnen vor, gehen Sie auf www.pkagv.at dann laden Sie sich das Regierungsprogramm geben, Sie die Wortsuchmaschine ein und schauen Sie, wie oft Graz, Steiermark, Kärnten, Klagenfurt, südliche Bundesländer vorkommen und Sie werden draufkommen, kein einziges Mal. Im Wissen, dass Graz in einer finanziell budgetären schwierigen Situation ist und notwendige Projektförderungen in die Infrastruktur braucht, kommt es kein einziges Mal vor, währenddessen selbst die Sanierung bei den öffentlichen WCs bei den U-Bahnen in Wien im Regierungsprogramm der österreichischen Bundesregierung erwähnt sind. Jetzt ersuche ich Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, aber auch Sie, sehr geehrter Herr Finanzstadtrat, und vielleicht auch noch den Herrn Stadtrat Riedler, mit den Freunden in der Bundesregierung einmal ordentlich zu sprechen, inwieweit wir

nicht es zustande bringen, dass wir eine Sonderfinanzierung für die Stadt Graz auch bekommen, die wir brauchen, weil wir selbst nicht mehr in der Lage sind, es zu finanzieren und diese Ehrlichkeit braucht es auch bei Verhandlungen, um zu finanziellen Spielräumen zu kommen. Mit den Schmäh in Wahlkämpfen, den Finanzausgleich anzurufen, aber ihn danach wieder zu vergessen, werden wir nicht weiterkommen und daher bringen wir zum Budgetstück auch einen mündlichen Zusatzantrag ein:

„Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert die Bundesregierung, und hier im Speziellen den Bundesminister für Finanzen, auf, die Stadt Graz in den künftigen Finanzausgleichsverhandlungen auf Grund der finanzielle dramatischen Situation der steirischen Landeshauptstadt verbessert zu berücksichtigen.“ Ich hoffe auf Ihre Zustimmung auch in diesem Bereich. Dann machen wir endlich den hohlen Worten und lassen konkrete Taten folgen und ich werde mir auch erlauben als Abgeordneter des Nationalrates, einen entsprechenden Entschließungsantrag im Parlament einzubringen und freue mich auf die Zustimmung der steirischen Nationalräte der ÖVP und der Sozialdemokraten, die dann in trauter Zweisamkeit die Möglichkeit haben, der Stadt Graz eine Sonderfinanzierung zu ermöglichen. Die nächste Nationalratssitzung ist im Jänner, es ist ein selbständiger Entschließungsantrag, er kommt am gleichen Tag zur Abstimmung, wird keinem Ausschuss zugewiesen, das wird dann die Nagelprobe sein, die sogenannte Nagelprobe, wie ernst Sie es überhaupt meinen. Und es wird auch ein Zeichen sein, ob die Stadt überhaupt in der Lage ist, mit Rückgrat die eigenen Interessen zu vertreten, denn bisher war sie es ja nicht.

Und nennen wir ein Beispiel des Ausgabenhaushaltes der Stadt Graz, und Kollege Hohensinner war es, der die Ordnungswache angesprochen hat. Ja, für wie dumm versucht man uns denn zu verkaufen? Anstatt herzugehen und zu sagen, jawohl, der Bund hat eine Verpflichtung, die öffentliche Sicherheit in der zweitgrößten Stadt zu gewährleisten, das ist gesetzlich und in der Verfassung verankert, der Bund hat auch die Verpflichtung, die öffentliche Sicherheit aufrecht zu erhalten mit einer Aufstockung des Personals, und statt dass sich die Stadtverwaltung auf die Hinterfüße stellt und sagt, jawohl wir brauchen für die Grazer Exekutivkräfte eine Aufstockung, geht man den leichteren Weg aus Angst, vor ÖVP-Innenministern einzuknicken, und gründet eine eigene Ordnungswache. Abgesehen davon, dass wir diesen Blödsinn aus unserem Budget zahlen müssen, sie keinerlei Befugnis hat, die

öffentliche Sicherheit auch tatsächlich aufrecht zu erhalten, ist es ein Abwälzen des Aufgabenbereiches an die Stadt Graz. Daher wäre es intelligenter und auch gescheiter gewesen, herzugehen und sagen, jawohl wir bekommen 400 zusätzliche Polizisten und ersparen uns diesen Humbug mit der Ordnungswache, die wir uns selbst zahlen müssen.

Zweites Beispiel: Bad Eggenberg. Heute beschließen wir das Bad Eggenberg um 40 Millionen Euro. Zum gleichen Zeitraum, wo wir das Bad Eggenberg beschließen, wird in der Kärntner Bezirksstadt Spittal an der Drau ein modernes Schwimmbad vom dortigen Sozialdemokratischen Bürgermeister Köfer geplant. In der gleichen Größe wie Eggenberg, im gleichen Ausmaß des Wellnessbereiches, und wissen Sie, wie viel das Bad Spittal an der Drau mit Wellnessbereich kostet? 18 Millionen Euro. Und ich habe mir gestern den Spaß gemacht, mit einem Manager der Strabag zu sprechen, dem ich zumindest das, was an Plänen öffentlich ist von Spittal an der Drau, vorgelegt habe und der mir gegenüber sagt, er weiß nicht, wie man auf 40 Millionen Euro kommt, er gibt mir die gute Empfehlung, hier genau nachzuschauen...

Zwischenruf GR. Rajakovics: Das werden Sie bei der Abrechnung sehen.

GR. **Grosz:** Denn im dem Fall versickert das Geld sicher nicht durch das Abflussrohr, sondern woanders hinein. Gleiches Ausmaß, gleicher Wellnessbereich, gleicher Standard, Spittal an der Drau. Im Übrigen viel zu groß geplant für eine Bezirksstadt, das mag die Großmannssucht dort in Spittal an der Drau sein, 18 Millionen statt Graz 40 Millionen Euro, Bautechniker, Architekten, Strabag-Manager wissen nicht anhand der Pläne, wie das Geld investiert ist, weil ihrer Meinung nach die Planung der Stadt Graz dieses Bades auch mit 25 Millionen Euro zu bewältigen wäre. Daher frage ich Sie, Herr Finanzstadtrat, wo bleiben die restlichen 15 Millionen Euro, wo sind sie? Ich hoffe denn wohl nicht zur Finanzierung irgendwelcher anderer Probleme. Sei es auch nur privater Natur.

Zwischenruf Bgm. Mag. Nagl: Was soll das heißen?

GR. **Grosz.** Ich hoffe nicht, ich verleihe meiner Hoffnung Ausdruck, nicht ich behauptet, ich verleihe meiner Hoffnung Ausdruck, zuhören, auch als Vorsitzender.

Bgm. Mag. **Nagl:** Herr Gemeinderat, jetzt werde ich Sie einmal unterbrechen. Ich sage jetzt ganz bewusst etwas und Sie sind ja nicht nur Gemeinderat, sondern jetzt auch im Parlament und man genießt da vielleicht den einen oder anderen Schutz. Aber eines geht nicht, und das sage ich da sehr, sehr deutlich, dass hier auch Behauptungen und Dinge in den Raum gestellt werden, dass man dann noch mit lässigen Bemerkungen, man möge zuhören, wir hören sehr genau zu, und ich kann nur eines sagen, lieber eine Sache ordentlich machen als zwei Sachen unordentlich, das sage ich jetzt auch einmal dazu, diese ganze Rede strotzt aus meiner Sicht, die strotzt vor lauter Fehlern, es wäre einmal Nachhilfe angebracht vom Bundesrechnungshof bis zum Behindertenbereich, da stimmt vieles nicht, aber ich greife dann ein, wenn Behauptungen in den Raum gestellt werden, das werde ich auch weiterhin tun, dass irgendwo was privat versickert oder sonst wo. Ich weiß wirklich nicht, was in deinen Überlegungen momentan wieder da ist, das sind alles Dinge, die lassen wir uns weder als Gemeinderat noch als Regierungsmitglied gefallen und das nimm bitte zur Kenntnis (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GR. **Grosz:** Also mit Verlaub gesagt, das ist ja jetzt nicht zur Sache, aber ich halte es eigentlich schon für demokratiepolitisch sehr bedenklich, dass ein Bürgermeister ernsthaft seine Vorsitzfunktion in der Geschäftsordnung dazu ausnutzt, um qualitative Wertungen über Demokratie, Reden vom Pult dieses Gemeinderates zu beurteilen. Herr Bürgermeister, dafür haben Sie die Redner Ihrer Fraktion, die koordinieren können, wenn ich falsch liege, wenn ich von der Sache abweiche zur

Sache, wenn ich überziehe zu Recht zur Ordnung, aber bitte nicht im Rahmen meines demokratischen Rederechts sich selbst zu wünschen gemäß dem Weihnachtsprinzip, was darf der Herr Grosz sagen und was ist uns nicht genehm. Weil dann haben Sie die Demokratie tatsächlich falsch verstanden (*Applaus FPÖ und BZÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, weder als Bürgermeisterin noch als Gemeinderatsmitglied würde ich mir hier Unterstellungen gefallen lassen und auf das weise ich noch einmal deutlich hin (*Applaus ÖVP*).

GR. **Grosz**: Und wir befinden uns jetzt in der Budgetrede und nicht in der Wechselrede, und wir befinden uns jetzt hier in meinem Generaldebattenbeitrag und nicht in der Wechselrede, auch wenn Kollegin Gesek besonders, Sie können auch klatschen in der Zeit, wo ich rede, ich freue mich über jeden Applaus, danke Ihnen, herzlichen Dank. Bedanke mich bei der Fraktion der ÖVP für den fulminanten Applaus. Und noch einmal, auch wenn wir nicht in einer Wechselrede sind, wenn Sie sagen, lieber eine Funktion ordentlich, anstatt zwei nur halb oder patschert oder was auch immer, dann frage ich mich tatsächlich, Sie haben sich ja so irrsinnig viel Sorgen gemacht, ob ich beide Funktionen bewältige. Also meines Wissens ist die Fraktion des BZÖ auch am Ranking am Ende dieses Jahres eine der fleißigsten in diesem Haus und meines Wissens ist die BZÖ-Fraktion im Nationalrat zumindest von den Initiativen, Reden, Vorschlägen, Anträgen einer der fleißigsten, beiden gehöre ich an und eigentlich macht sich niemand Gedanken. Ich würde mir vielleicht eher Gedanken machen, was denn nicht Ihre Grazer Nationalratsabgeordneten, die Sie entsenden, bewusst anonymisiert eigentlich dort machen, denn es kann ja nicht sein, dass die Stadt Graz dort in den letzten Reihen den Platz einnimmt und eigentlich nie zu Wort kommt, das ist keine ordentliche Vertretung der Stadt Graz gegenüber dem Bundesgesetzgeber, aber so sieht auch die Politik im Rahmen des Finanzausgleiches der letzten Jahre aus.

Und wenn Sie heute vorschlagen, den Gemeinderat zu reduzieren und die Stadtsenatsmitglieder. Jawohl, es ist ein erster richtiger Schritt, es ist ein richtiger Schritt, aber es ist homöopathisches Handauflegen. Seien wir uns doch ehrlich, den Gemeinderat der Stadt Graz, ohne ein einziges Mitglied jemals entwerten zu wollen, niemals qualitativ aber quantitativ, den Gemeinderat der Stadt Graz, die Arbeit die hier zu erledigen ist, die eine Fülle von Aufgaben gibt, sei zugestanden, aber das könnten wir auch mit der Hälfte der Gemeinderatsmitglieder bewältigen. Also da darf sich keiner selbst so wichtig nehmen und seinen Sitzplatz, auf dem er sitzt, wenn wir auf der anderen Seite Bereiche haben, für die wir uns das Geld nicht mehr leisten können. Aber auch die Reduzierung der Stadtsenatsmitglieder, nicht von neun auf sieben, sondern von neun auf fünf bei gleichzeitiger Abschaffung des Proporz. Damit wir nicht eine kuriose Situation haben, dass wir einzelne Regierungsfractionen haben, die diesem Budget heute nicht zustimmen, obwohl sie sehr wohl Nutznießer dieses Budgets sind. Das ist doch pervers. Gemeinderat Haßler steht hier draußen, kritisiert ein Budget, das in einem Punkt sogar unterstützenswert ist in den Ausgaben und in der Beibehaltung der Sozialleistungen und gerade kritisiert er, obwohl es den eigenen Bereich betrifft. Das ist doch ein Unikum, da beißt sich doch der Hund in den eigenen Hintern und daher sage ich, Abschaffung des Proporz, das erleichtert uns das System und das erleichtert uns auch mögliche Geschlechtsumwandlungen, wo keiner weiß, ob er Fisch oder Fleisch ist, ob Opposition oder Regierung ist und dann am Schluss ein Zwitter, ist ein politischer, der aber auch nicht viel mehr weiterbringen wird.

Daher sage ich Kassasturz, effizient sparen im eigenen Bereich, effizient sparen bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Politbüros und ihrer Ausgaben, die demokratische Verwaltung dieser Stadt kostet uns mit Parteienförderungen und, und, und 40 Millionen Euro in fünf Jahren, ausgerechnet, Tatsache, belegt durch Anfragen an die Stadtsenatsmitglieder, die auch beantwortet worden sind, manche eher recht als schlecht, manche sechs Monate verspätet, aber immerhin Schwarz auf weiß und da könnten wir sparen. Wir hören heute was Finanzstadtrat Rüschi nicht im Ein-Millionen-Bereich alles Großartige bewegt hat, 1,9 Millionen hier, 1,6 da, noch einmal, 40 Millionen Euro in fünf Jahren kostet das politische System dieser Stadt und das ist in Zeiten des Sparens, wo man sich selbst zurücknehmen muss, schlichtweg zuviel. Parteiförderungen, die ihresgleichen suchen in dieser Höhe sind

zuviel und wenn Kollegin Stadträtin Kahr jetzt meint, dass es im Bund einen Beschluss gegeben hat, weil Sie mich, glaube ich auch dafür kritisiert hat, dass ich im Bund sehr wohl für die Klubförderung, die Neugestaltung der Klubförderung gestimmt habe, aber in Graz die Abschaffung der Parteiförderung forderte, zumindest war es die KPÖ, irgendeiner von Ihnen war es, dann kann ich das heute auch aufklären. Im Bund ist man zumindest den Weg gegangen, diese ganzen Teilförderungen, fünf, sechs einzelne Fördertöpfe, über die die Parteien ihr Geld lukrieren konnten, abzuschaffen, auch die Biennalsprünge bei den Förderungen der Abgeordneten, wo man mit 31 Abgeordneten gleich viel Parteiförderung bekommt, wie mit 40 und unterm Strich mag es zwar auf den Posten Parteiförderung eine Erhöhung von 3 % sein, aber hören Sie zu, gesamt ist es bei den Ausgaben eine Reduzierung der Ausgaben an die Parteien, die sich auf mehrere Töpfe verteilt haben um bis zu 20 %. Und daher war das notwendig, hier diesen Sparwillen auch zu zeigen und auch in Zukunft zu zeigen und diesen Sparwillen wünsche ich Ihnen, und wenn wir als BZÖ wissentlich, dass wir nur zwei Gemeinderäte sind, aber deswegen nicht schlechter als alle anderen, wenn wir als BZÖ erkennen, dass man zumindest Grundsätze einer anständigen Hausfrau hier anwendet, die ihre Haushaltsplanung oder ihren Hausmann, um es sofort zu gendern, dass es da keine Benachteiligungen, Hausmänner und Hausfrauen, die über ein gewisses Budget zu verfügen haben, die offensichtlich in ihrer Verwaltung ihrer Haushaltsbudgets anständiger vorgehen, effizienter und wirtschaftlicher vorgehen, als die öffentliche Verwaltung dieser Stadt, dann sind wir auch bereit zuzustimmen. Aber zustimmen nicht einem Schuldenstand, der höher liegt als der Umsatz der Stadt, den niemand in dem Land kann mehr ausgeben, als er einnimmt, und dieser Grundsatz möge auch für Sie gelten. Ich danke Ihnen (*Applaus BZÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Eine Frage wird sicherlich heute nicht mehr geklärt werden können, wie man durch Geschlechtsumwandlung von Fisch zu Fleisch kommt, aber es leitet mich in die Mittagspause über und uns alle. Wir haben bitte jetzt eineinhalb Stunden Mittagspause bis 14.00. Ich unterbreche, darf aber die Stadtsenatsmitglieder betreffend eines gemeinsamen Fotos dann um 14.00 Uhr in das Foyer beim Bürgermeisteramt bitten. Sitzung ist bis 14.00 Uhr unterbrochen.

Unterbrechung des Gemeinderates von 13.00 bis 14.15 Uhr.

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine Damen und Herren! Ich darf alle ersuchen, wieder die Plätze einzunehmen, dass wir mit unserer Gemeinderatssitzung fortfahren können. Ich darf mich beim Grazer und beim steirischen Bauernbund bedanken in unser aller Namen wie jedes Jahr, wenn es um das Budget geht, kommen wir zurück auf die Idee unseres Herrn Gemeinderates außer Dienst, der im vorigen Jahr verstorben ist, Peter Fauster, der einfach gemeint hat, man solle sich zwischendurch bei den vielen Reden, bei den hitzigen Debatten auch stärken. Danke an die Bauernschaft von Graz, dass wir wieder die Äpfel bekommen haben (*allgemeiner Applaus*).

Ich begrüße auch unsere Stadtsenatskollegin außer Dienst, Tatjana Kaltenbeck-Michl, ganz, ganz herzlich auf der ZuhörerInnengalerie (*allgemeiner Applaus*).